

# Kirchliches Verordnungs-Blatt

für die

## Lavanter Diöcese.

**Inhalt.** I. Anleitung hinsichtlich der Personaleinkommen- und der Rentensteuer auf Grund des Gesetzes vom 25. October 1896 R.-G.-Bl. 1896 Nr. 220, betreffend die directen Personalsteuern, und auf Grund der Vollzugsvorschrift zum Gesetze vom 25. October 1896, Nr. 220, enthalten im R.-G.-Bl. 1897, Nr. 108, 109 und 110. — II. Verordnung des Ministeriums des Innern im Einvernehmen mit dem Ministerium für Cultus und Unterricht vom 10. September 1897, mit welcher neue Dienstesvorschriften für Hebammen erlassen werden. — III. Diöcesan-Nachrichten.

### I.

#### Anleitung hinsichtlich der Personaleinkommen- und der Rentensteuer

auf Grund des Gesetzes vom 25. October 1896 R.-G.-Bl. 1896 Nr. 220, betreffend die directen Personalsteuern, und auf Grund der Vollzugsvorschrift zum Gesetze vom 25. October 1896, Nr. 220, enthalten im R.-G.-Bl. 1897, Nr. 108, 109 und 110.

Das erwähnte Gesetz gliedert sich folgendermassen. Die Einführungsbestimmungen finden sich in XVII voranstehenden Artikeln, von welchen der zweite bestimmt, daß vorbehaltlich der Anwendung auf frühere Fälle die den Bestimmungen dieses Gesetzes entgegenstehenden Vorschriften mit dem Beginne der Wirksamkeit dieses Gesetzes außer Kraft treten.

Das I. Hauptstück (§§ 1 bis 82) betrifft die allgemeine Erwerbsteuer. — Die allgemeine Erwerbsteuer hat an die Stelle der auf dem Erwerbsteuerpatent vom Jahre 1812 und dem Einkommensteuerpatent vom Jahre 1849 beruhenden Erwerb- und Einkommensteuer I. und theilweise auch II. Classe privater Erwerbsunternehmungen zu treten.

Das II. Hauptstück (§§ 83 bis 123) betrifft die Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen. — Die der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen sind im vorliegenden Gesetze im Gegensatz zu den bisherigen Steuervorschriften einer besonderen Erwerbsteuer unterworfen, welche in einem eigenen Hauptstücke ihre Regelung findet.

Das III. Hauptstück (§§ 124 bis 152) betrifft die Rentensteuer. — Die Besteuerung der Capitalzinsen und Renten, die bisher durch die Einkommensteuer dritter Classe vertreten war, wird nunmehr einer selbstständigen Rentensteuer überwiesen.

Das IV. Hauptstück (§§ 153 bis 238) betrifft die Personaleinkommensteuer und Besoldungssteuer von höheren Dienstbezügen. — Die erste und oberste Aufgabe der Steuerreform ist es, die Personaleinkommensteuer überhaupt in das System unserer Steuergesgebung einzuführen.

Die Dienst- und Lohnbezüge, welche bisher der Einkommensteuer zweiter Classe mit sehr stark progressivem Steuerfuß unterlagen, werden in Zukunft durch die Personaleinkommensteuer und, so weit sie 3200 fl. übersteigen, auch noch durch eine progressive Besoldungssteuer getroffen, wodurch die Höhe der bisherigen Besteuerung im Ganzen aufrecht erhalten wird.

Das V. Hauptstück (§§ 239 bis 261) betrifft die Strafbestimmungen. — Die Strafbestimmungen für alle der Reform unterzogenen Steuergattungen sind in einem besonderen Hauptstücke systematisch zusammengefaßt. Auch für diese Strafbestimmungen gilt der strafrechtliche Grundsatz, daß Unkenntnis des Gesetzes nicht entschuldigt.

Das VI. Hauptstück (§§ 262 bis 285) enthält allgemeine Bestimmungen. — Die Bestimmungen dieses Hauptstückes beziehen sich, soferne das Gegentheil nicht ausdrücklich angeordnet ist, auf alle in diesem Gesetze geregelten Steuern.

Aus dem IV. Hauptstücke, betreffend die Personaleinkommensteuer werden hier nachfolgende §§ sammt den einschlägigen Bestimmungen der Vollzugsvorschrift ausgehoben.

#### Steuerpflcht.

Ges. § 159.

Als Einkommen gilt die Summe aller in Geld oder Geldeswert bestehenden Einnahmen der einzelnen Steuerpflichtigen mit Einschluß des Mietwertes der Wohnung im eigenen Hause oder sonstiger freier Wohnung, sowie des Wertes der zum Haushalte verbrauchten Erzeugnisse der eigenen Wirtschaft und des eigenen Gewerbebetriebes, sowie sonstiger dem Steuerpflichtigen allenfalls zukommender Naturaleingänge, ab-



züglich der auf Erlangung, Sicherung und Erhaltung dieser Einnahmen verwendeten Ausgaben, sowie etwaiger Schulzinsen, auch insofern diese nicht zu den soeben bezeichneten Ausgaben gehören, nach Maßgabe der unten folgenden Bestimmungen. (§§ 160 bis 171.)

Außerordentliche Einnahmen aus Erbschaften, Lebenscapitalversicherungen, Schenkungen und ähnlichen unentgeltlichen Zuwendungen gelten nicht als steuerpflichtiges Einkommen.

Gewinne aus Veräußerung von Vermögensobjecten sind nur dann dem Einkommen zuzurechnen, wenn die Veräußerung im Betriebe einer Erwerbsunternehmung oder in Ausführung eines Speculationsgeschäftes erfolgt ist.

Dieser Erklärung des Gesetzes fügt die Vollzugsvorschrift Folgendes bei:

#### Artikel 4.

1. Als Einnahmen und Ausgaben im Sinne des § 159 sind die vollen Einnahmen und Ausgaben des maßgebenden Zeitraumes (Art. 10 und 11) anzusehen, ohne Rücksicht darauf ob dieselben bar oder im Wege der Abrechnung eingegangen, beziehungsweise geleistet worden, oder aber ausständig verblieben sind.

2. Los-, Lotterie- und Spielgewinne bilden steuerpflichtiges Einkommen.

3. Einnahmen aus Schenkungen und anderen unentgeltlichen Zuwendungen sind nicht ganz allgemein von der Zurechnung zum Einkommen ausgeschlossen, sondern nur dann wenn dieselben außerordentliche Einnahmen aus solchen Quellen sind. Wo sich dagegen solche Einnahmen mit mehr oder weniger Regelmäßigkeit wiederholen, sind sie dem Einkommen zuzurechnen.

Dahin gehören unter anderem die Geschenke, welche Geistliche aus Anlaß ihrer Amtsführung, — Geschenke und Remunerationen, welche Beamte, Angestellte, Verwalter, Directoren von ihren Dienstgebern, — Portiere, Hoteldiener, Zuhelfner, u. dgl. von dem Publicum erhalten. (Vergl. auch Artikel 24, Z. 3.)

4. — — — — —

5. Der Geldwert freier Wohnung, sei es im eigenen oder in einem fremden Hause, sowie der Geldwert von Naturalbezügen ist, soferne nicht in den nachfolgenden Artikeln eine besondere Bestimmung enthalten ist, nach den ortsüblichen Preisen zu veranschlagen.

#### Abzüge.

Ges. § 160.

Bei Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens sind von den Einnahmen folgende Ausgaben in Abzug zu bringen:

1. Die gesammten zur Erlangung, Sicherung und Erhaltung des Einkommens verwendeten Auslagen, insbesondere die Verwaltungs-, Betriebsauslagen und Erhaltungskosten einschließlich der Abschreibungen, welche einer angemessenen Be-

rücksichtigung der entstandenen Wertverminderung des Inventars oder Betriebsmaterials, sowie der durch den Betrieb verursachten Substanz-, Cours- und anderen Verluste entsprechen.

Als Betriebs- und Erhaltungskosten sind insbesondere anzusehen die Ausgaben für Unterhaltung oder Wiederherstellung der Wirtschaftsgebäude, Arbeiterwohnungen und der übrigen dem Wirtschaftsbetriebe dienenden oder denselben sichernden baulichen Anlagen (Deiche, Mauern, Zäune, Wege, Brücken, Brunnen, Wasserleitungen, Schleusen, Entwässerungsanlagen), ferner für die Erhaltung und Ergänzung des lebendigen und todtten Wirtschafts-Inventars.

Die Angemessenheit der Höhe der vorgenommenen Abschreibungen ist, sofern sich dagegen Bedenken ergeben, durch Sachverständige festzustellen.

2. Die Versicherungsprämien für alle Arten der Schadenversicherungen.

3. Versicherungsprämien, welche für die Versicherung des Steuerpflichtigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, soweit dieselben den Betrag von jährlich 100 fl. nicht übersteigen — — — — —

4. Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungs-, Wittwen-, Waisen- und Pensionscassen oder derlei Anstalten, sofern der Steuerpflichtige gesetz- oder vertragsmäßig zum Eintritte in die Versicherungsanstalt und zur Entrichtung dieser Beträge verpflichtet ist.

5. Die vom Steuerpflichtigen entrichteten directen Steuern mit Ausnahme der Personal-Einkommensteuer, Zuschläge zu denselben, Landes-, Bezirks-, Gemeinde und sonstige Umlagen oder dieselben vertretende Concurrenzbeiträge zu öffentlichen Zwecken, Patronatslasten, dann indirecte Abgaben, welche zu den Geschäftunkosten zu rechnen sind.

6. Zinsen von Geschäfts- und Privatschulden, sowie sonstige auf besonderen Rechtstiteln beruhende, das Einkommen dauernd schmälernde Lasten; alle diese nur dann, wenn sie glaubwürdig nachgewiesen werden.

§ 161.

Die im § 160 bezeichneten Abzüge sind nur insoweit statthast, als sie nicht auf Einnahmequellen haften, welche der Personal-Einkommensteuer nicht unterliegen.

Bei jenen Einkommen, welche aus dem Geltungsgebiete dieses Gesetzes anderswohin bezogen werden, sind nur jene Abzüge statthast, welche auf den inländischen Einkommensquellen haften oder auf Schulden beruhen, die zu diesem Erwerbe aufgenommen sind.

§ 162.

Zum Abzuge nicht geeignet sind insbesondere:

1. Verwendungen zur Verbesserung und Vermehrung des Vermögens, wie Capitalanlagen, Anlagen zur Erweiterung des Geschäftes, Abtragung von Schulden, sowie Verbesserungen,



welche nicht lediglich als durch eine gute Wirtschaft gebotene und aus den Betriebseinnahmen zu deckende Ausgaben anzusehen sind.

2. Verluste, die lediglich den Vermögensstamm betreffen.

3. Zinsen für das in einer Unternehmung angelegte eigene Capital des Steuerpflichtigen.

4. Ausgaben für die Bestreitung der Wohnung und des Unterhaltes des Steuerpflichtigen, sowie seiner Angehörigen und der zur persönlichen Bedienung gehaltenen Diensthoten einschließlich des Geldwertes der zu diesen Zwecken verbrauchten Erzeugnisse und Waren des eigenen landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebes. Die Verköstigung der im eigenen Wirtschaftsbetriebe dauernd verwendeten Familienglieder ist unter die Betriebskosten (§ 160) einzurechnen.

5. Spenden, Geschenke, Unterstützungen und ähnliche unentgeltliche Zuwendungen, sofern dieselben nicht im Sinne des § 160, Ziffer 1, unter die zur Erlangung des Einkommens zu bestreitenden Auslagen gerechnet werden können.

Zu den Gesetzesparagraphen 160 bis 162 bringt die Vollzugsvorschrift folgende Erklärung:

#### Artikel 5.

##### Betriebskosten.

2. Von den Einnahmen kommen in erster Linie in Abzug die zur Erlangung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen aufgewendeten Verwaltungs- und Betriebsauslagen und Erhaltungskosten, — hingegen nicht die Kosten der Erwerbung oder Vergrößerung einer Einkommensquelle (§ 162, Ziffer 1).

Nur thatsächlich aufgewendete Betriebskosten — nicht aber solche, die etwa durch die eigene Arbeit des Steuerpflichtigen oder durch unentgeltliche Leistungen seiner Angehörigen oder dritter (Volontäre u. dgl.) erspart wurden — sind abzugsfähig.

Dagegen findet bei thatsächlich aufgewendeten Ausgaben der in Ziffer 2 erwähnten Art eine Prüfung, ob der Aufwand in dieser Höhe nothwendig war, nicht statt.

3. Aus § 162, Ziffer 4, ergibt sich ferner, daß die Verköstigung der im eigenen Wirtschaftsbetriebe dauernd verwendeten Familienglieder unter die Betriebskosten einzurechnen ist. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß nur die Verwendung im Wirtschaftsbetriebe, das ist in der Land- und Forstwirtschaft oder im Gewerbe, nicht im Haushalte, und nur die dauernde Verwendung, nicht die gelegentliche Beihilfe den Abzug der Verköstigung vom Einkommen rechtfertigt.

4. Gleich den Betriebskosten sind auch die Betriebsverluste passierbare Abzüge. Den Betriebsverlusten stellt das Gesetz in § 162, Ziffer 2, jene Verluste gegenüber, die lediglich den Vermögensstamm betreffen; hinsichtlich der letzteren siehe Artikel 9, Ziffer 2.

Betriebsverluste ergeben sich zum Beispiel durch Schwendung oder Verderben von Producten und Waren, durch Verlust oder Verderben von Einrichtungstücken (zum Beispiel bei Wirten); durch die Uneinbringlichkeit von aus dem Geschäftsbetriebe herrührenden Forderungen; durch Abnützung oder Verlust des Betriebsmaterials oder Wertverminderung desselben durch Veralten infolge von Fortschritten der Technik; oder durch sonstige mit dem Betriebe zusammenhängende Umstände.

Bei Wertverminderingen kommt als Verlust eines bestimmten Jahres nur der Verlust gegenüber dem Werte des betreffenden Objectes am Beginn des Jahres in Betracht.

5. Unter der Bezeichnung Abschreibungen kommt theils die buchmäßige Durchführung wirklich eingetretener Verluste (zum Beispiel uneinbringlich gewordener Forderungen, erlittener Verluste bei zu theurer Erwerbung von Vermögensobjecten), theils eine vorsichtsweise buchmäßige Wertabschreibung wegen voraussichtlich eintretender Verluste vor — — — — —

6. Im Gesetze sind endlich insbesondere auch die Ausgaben für Erhaltung und Wiederherstellung von Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen, ferner für die Erhaltung und Ergänzung des lebendigen und todtten Wirtschafts-Inventars als zulässige Abzugsposten angeführt.

7. Es ergibt sich aus der Natur der Sache, daß die vorstehend erläuternden Bestimmungen (Ziffern 2 bis 6) nicht dazu mißbraucht werden dürfen, einen und denselben Aufwand mehrmals, zum Beispiel das einmal als Abschreibung und dann nochmals als Auslage für Wiederherstellung des Objectes; oder als Betriebsverlust und als Abschreibung; oder unter demselben oder verschiedenen Titeln in verschiedenen Jahren wiederholt in Abzug zu bringen.

8. Ferner ist bei der Anwendung des § 160, Ziffer 1, Absatz 2, auch die Bestimmung des § 162, Absatz 1, im Auge zu behalten, daß Verwendungen zur Verbesserung und Vermehrung des Vermögens, wie neue Capitalanlagen, die Errichtung neuer Gebäude oder neuer baulichen Anlagen, Anlagen zur Erweiterung des Geschäftes, sowie Verbesserungen, welche nicht lediglich als durch eine gute Wirtschaft gebotene, aus den Betriebseinnahmen zu deckende Ausgaben anzusehen sind, sich zum Abzuge nicht eignen.

Wenn daher die Wiederherstellung von Gebäuden, die Auswechslung von Maschinen u. dgl. m. zum Anlasse neuer Investitionen oder Vergrößerungen des Betriebes dient, so sind nicht die gesamten Auslagen, sondern nur der zur Erhaltung des bisherigen Vermögensstandes erforderliche Theil derselben zum Abzuge zuzulassen. Diese Vorsicht darf jedoch nicht soweit getrieben werden, daß etwa die Abzüge der Steuerpflichtigen deswegen beanstandet werden, weil an Stelle eines abgerissenen Stalles ein neuer Stall, der zwar für gleichviel Vieh bestimmt, aber von besserer Construction ist, errichtet wird, oder an



Stelle einer veralteten Maschine eine neue, wesentlich gleicher Gattung und Leistungsfähigkeit, aber neueren Systems, angeschafft wird. Wohl aber wären die Kosten für Herstellung eines Stalles für eine größere Anzahl Vieh, für Einrichtung des Dampfbetriebes an Stelle des Wasserbetriebes u. dgl. nicht im vollen Ausmaße passierbar.

## Artikel 6.

### Versicherungsprämien und Steuern.

1. Rückichtlich der Versicherungsprämien hat Nachfolgendes zu gelten:

- a) Die Versicherungsprämien für alle Arten von Schadenversicherungen sind zum Abzuge geeignet.
- b) Ebenso sind die Versicherungsprämien, welche für die Versicherung des Steuerpflichtigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, soweit dieselben den Betrag von 100 fl. jährlich nicht übersteigen, anrechenbare Auslagen.

c) — — — — —  
Abzugsfähig sind innerhalb der lit. b) bezeichneten Grenzen die Prämien für ein auf den Fall des Ablebens oder für den Fall des Erlebens eines bestimmten Zeitpunktes versichertes Capital, sowie für eine unter derselben Voraussetzung versicherte Rente.

d) — — — — —

e) — — — — —

f) Uebersteigen die vom Steuerpflichtigen gezahlten Prämien den Betrag von 100 fl., so hat die Abrechnung von 100 fl. stattzufinden.

g) Außer dem Betrage der Prämie ist in dem Steuerbekenntnisse die Versicherungsanstalt, sowie die Nummer der Polizza anzugeben, und vom Steuerpflichtigen auf Verlangen die Polizza und die letzte Prämienquittung vorzulegen.

h) Ob die Versicherungsanstalt ausdrücklich diesen Namen oder irgend eine andere Bezeichnung, wie Pensionsfond, Verein o. dgl. führt, macht keinen Unterschied.

2. Zum Abzuge geeignet sind ferner Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliden-Versicherungen, Witwen-, Waisen-, Pensionscassen oder derlei Anstalten, soferne der Steuerpflichtige gesetz-, statuten- oder vertragsmäßig zum Eintritt in die Anstalt als Versicherter und zur Entrichtung dieser Beiträge verpflichtet ist und diese Beiträge thatsächlich entrichtet.

Beiträge, welche der Steuerpflichtige zur Versicherung der in seinem Wirtschaftsbetriebe (Artikel 5, Ziffer 3) beschäftigten Personen leistet, kommen als Betriebskosten in Anschlag; hingegen bilden Beiträge, welche zur Versicherung des im Haushalte verwendeten Personals entrichtet werden, keine Abzugspost.

3. Zum Abzuge geeignet sind die vom Steuerpflichtigen entrichteten directen Steuern sammt Nebengebühren, mit Ausnahme der Personal-Einkommensteuer, Zuschläge zu denselben, Landes-, Bezirks-, Gemeinde- und sonstige Umlagen oder dieselben vertretenden Concurrenzbeiträge zu öffentlichen Zwecken, Patronatslasten, dann indirecte Abgaben, soweit dieselben zu den Geschäftskosten zu rechnen sind.

Die Dienstage ist als Abzugspost vom Einkommen anzusehen.

Zins- und Schulkreuzer vom Mietzinse, nicht aber der Mietzins für die eigene Wohnung (§ 162, Ziffer 4) sind eine Abzugspost vom Einkommen des Mieters. Bei dem Vermieter bilden die Zinskreuzer, die er nur für die Gemeinde einhebt, überhaupt keinen Theil seines Einkommens. Hat der Hauseigentümer die Mietzinse einschließlich der Zinskreuzer ausbedungen und in diesem Betrage seinem Bekenntnisse zugrunde gelegt, so kann er die abgeführten Zinskreuzer, der Mieter aber den diesem Betrage gleichkommenden Theil des Mietzinses als Ausgabe anrechnen.

Als Abzug gelten Concurrenzbeiträge und Patronatslasten und die hiefür vertragsmäßig übernommenen Abfindungen, nicht aber die etwa dem öffentlichen Zwecke zugewendeten Geschenke und sonstigen Widmungen.

## Artikel 7.

### Zinsen und Lasten.

Nach § 160, Ziffer 6, sind Abzugsposten die Zinsen von Geschäfts- und Privatschulden, sowie sonstige auf besonderen Rechtstiteln beruhende, das Einkommen dauernd schmälernde Lasten; alle diese nur dann, wenn sie glaubwürdig nachgewiesen sind.

1. 1. Nur die Zinsen, nicht die Capitalsrückzahlungen sind zulässige Abzüge bei Annuitäten daher nur die darin enthaltenen Zinsbeträge (vgl. die einschlägigen Bestimmungen der Vollzugsvorschrift zum dritten Hauptstück).

## Artikel 9.

### Zum Abzuge nicht geeignete Posten.

1. Die wichtigsten zum Abzuge nicht geeigneten Posten sind im § 162 aufgezählt. Hinsichtlich der im § 162, Ziffer 1, normierten Unzulässigkeit der Ausgaben für Capitalanlagen, neuen Investitionen und Schuldentilgungen siehe oben, Artikel 5, Ziffer 4 und ff.

2. Als Verluste, die lediglich den Vermögensstamm betreffen und daher von den Einnahmen nicht abgerechnet werden dürfen, kommen unter anderen in Betracht: Verlust oder Beschädigung einer Einnahmsquelle, Wertverminderung eines Vermögensobjectes durch Umstände, die mit der Ver-



wendung desselben zur Erzielung des Einkommens nicht zusammenhängen; Vermögensverluste, die durch Anschaffung von Vermögensobjecten zu einem ihren wahren Wert übersteigenden Preise herbeigeführt wurden; Verluste an Forderungen, die das Stammcapital des Steuerpflichtigen bilden; Verluste an Erbantheilen, Geschäftseinlagen; Verluste aller Art an Vermögenstheilen, die überhaupt nicht zur Erzielung von Einkommen verwendet werden, zum Beispiel an Wohnungsmobiliar u. s. w.

3. Die Unzulässigkeit des Abzuges der Kosten des Haushaltes einschließlich jener für Dienstboten, dann der Zinsen für das eigene Capital des Steuerpflichtigen (§ 162, Ziffer 3 und 4) muß besonders hervorgehoben werden, da die Steuerpflichtigen bei der Berechnung ihres Geschäftsertragnisses sehr häufig beide Gruppen von Ausgaben abrechnen.

### Besondere Bestimmungen hinsichtlich einzelner Einkommenszweige.

Ges. § 163.

Bei selbstbewirtschaftetem **Grundbesitz** ist der reine Wirtschaftsertrag, der aus dem gesamten land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, sowie aus den mit dem Grundbesitz verbundenen nicht erwerbsteuerpflichtigen anderen Productionszweigen und Rechten (Fischerei, Jagdrecht u. s. w.) thatsächlich gewonnen wird, als Einkommen anzusehen.

Bei verpachteten Grundbesitzungen oder mit dem Grundbesitz verbundenen Rechten stellt der wirklich erzielte Pachtzins mit Hinzurechnung des Geldwertes etwaiger Natural- oder sonstiger Nebenleistungen des Pächters und der dem Verpächter vorbehaltenen Nutzungen und nach Abrechnung

1. der dem Verpächter verbleibenden abzugsfähigen Lasten,
2. der durch Elementarschäden, Mißernten u. s. w. begründeten Pachtzinsnachlässe,

3. des Äquivalentes der Abnutzung des Pachtobjectes das Einkommen dar, wobei jedoch den Schätzungs- und Berufungs-Commissionen vollständig freie Beurtheilung vorbehalten bleibt.

Ges. § 164.

Das **Einkommen aus Gebäuden** ist nach dem wirklich erzielten reinen Mietzinsertrage und, insoweit die Gebäude von den Besitzern selbst bewohnt oder sonst benützt oder an andere Personen unentgeltlich zur Benützung überlassen werden, nach dem reinen Nutzwerte, welchen die Gebäude oder die benützten Theile derselben nach ihrer Beschaffenheit und Lage, nach den Miets-, Verkehrs- und Wohnungsverhältnissen des Hauses, des Ortes oder der Umgebung und mit Rücksicht auf die Zeit ihrer thatsächlichen Benützung haben, zu bemessen.

Insoweit Gebäude oder Gebäudetheile von ihrem Besitzer zu land- und forstwirtschaftlichen oder gewerblichen Zwe-

cken (einschließlich der Benützung zu unentgeltlichen Arbeiter- und Dienstwohnungen) benützt werden, ist der Nutzungswert, welcher bei Berechnung des Einkommens, noch bei Berechnung der betreffenden Betriebskosten in Anschlag zu bringen.

Die für die Zwecke des Unterrichtes, der Erziehung, der Wohlthätigkeit und der öffentlichen Verwaltung bestimmten Gebäude werden, insoweit sie von der Gebäudesteuer befreit sind, bei Feststellung des steuerpflichtigen Einkommens außer Betracht gelassen.

§ 166.

Bei landwirtschaftlichen Pachtungen haben die im § 163, Absatz 1, enthaltenen Bestimmungen sinngemäße Anwendung zu finden.

Bei allen Pachtungen ist der bezahlte Pachtzins einschließlich des Wertes der etwa dem Pächter obliegenden sonstigen Nebenleistungen nach Ausscheidung desjenigen Betrages, der auf die von dem Pächter oder seinen Angehörigen benützte Wohnung entfällt, in Abzug zu bringen.

Die Vollzugsvorschrift gibt zu diesen gesetzlichen Bestimmungen folgende Erläuterungen:

#### a) Einkommen aus Grundbesitz.

(§§ 163 und 166.)

#### Artikel 13.

### Einleitung; Einkommen aus nicht verpachteten Besitzungen.

I. Das Einkommen aus Grundbesitz umfaßt die Erträge sämtlicher Grundstücke, welche dem Steuerpflichtigen eigenthümlich gehören, oder aus denen ihm in Folge von Berechtigungen irgend welcher Art, zum Beispiel aus dem Nießbrauche, aus dem ihm zustehenden Nutzungsrechte an der kirchlichen Pfründe u. s. w. ein Einkommen zufließt.

Im nachstehenden wird von dem Einkommen aus selbstbewirtschaftetem Grundbesitz besonders gehandelt werden.

Das Einkommen des Verpächters aus verpachtetem Grundbesitz sowie des Pächters aus der Pachtung wird im Artikel 17 erörtert.

II. 1. Bei Ermittlung des Einkommens aus nicht verpachteten Besitzungen ist der durch die eigene Bewirtschaftung wirklich erzielte Reinertrag nach dem dreijährigen Durchschnitte, für das Jahr 1898 nach dem zweijährigen Durchschnitte der Einkommensermittlung zugrunde zu legen.

2. Der Reinertrag aus Grundbesitz umfaßt den Wirtschaftsertrag aus dem gesamten land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, sowie die Erträge aus den mit dem Grundbesitz verbundenen anderen Productionszweigen und Rechten (Fischerei, Jagdrecht, Vermietung von Quellen, Wasserkraft u. s. w.), und zwar letztere auch dann, wenn diese Neben-



betriebe und Genüsse von der Erwerbesteuer oder von der Rentensteuer befreit sind.

3. Werden Brennereien, Mühlen, Ziegeleien, Sägen und andere ländliche Fabricationszweige in Verbindung mit der land- und forstwirtschaftlichen Benützung von Grundstücken betrieben, so kann der gesamte Betrieb bei der Ermittlung des Reinertrages als ein Ganzes behandelt werden.

4. Wird das Einkommen aus derartigen Betrieben hingegen nicht als ein Ganzes einbekannt, so ist darauf zu achten, daß die eingestellten Abgabe-, beziehungsweise Anschaffungswerte miteinander übereinstimmen.

5. Dasselbe gilt von der Berechnung des Einkommens aus Sand-, Lehm- und Thongruben, Stein-, Schiefer-, Kalk- und Kreidebrüchen, Torfstichen und anderen ähnlichen Betrieben, bei denen die Erträge der Substanz des Bodens entnommen werden.

#### Artikel 14.

#### Nähere Bezeichnung der Einnahmen und Ausgaben.

1. Der Steuerpflichtige braucht, insofern er überhaupt zur Einbringung eines Bekenntnisses verpflichtet ist (§§ 202, 204), in dem Bekenntnisse den Grundertrag lediglich summarisch einzubekennen. Im Falle er mehrere Güter besitzt, ist der Ertrag jedes einzelnen anzugeben.

Übrigens steht es dem Steuerpflichtigen frei, den Reinertrag seiner Güter detailliert einzubekennen und zu diesem Zwecke dem Bekenntnisse — rücksichtlich jedes einzelnen Gutes — nähere Daten über die Einnahmen und Ausgaben beizufügen; bei größeren Besitzungen wird sich dies zur Vermeidung nachträglicher Erhebungen und Anfragen stets empfehlen.

Die richtige Ermittlung des Reinertrages hat in letzterem Falle in nachstehender Weise zu geschehen:

##### A. In Einnahme sind zu stellen:

1. Der erzielte Preis für alle gegen Barzahlung oder auf Credit veräußerten Erzeugnisse aus allen Wirtschaftszweigen, sowie für die Verleihung der Zugkraft und anderer Wirtschaftsmittel.

2. Der Geldwert aller Erzeugnisse, welche zur Bestreitung des Haushaltes des Besitzers, zum Unterhalte seiner Angehörigen, sowie der nicht zum Wirtschaftsbetriebe gehaltenen Dienstboten verbraucht oder sonst zu ihrem Nutzen oder ihrer Annehmlichkeit verwendet worden sind; hieher gehört namentlich auch der Aufwand an Naturalien für die Beköstigung des zur persönlichen Bedienung gehaltenen Gefindes, für die Haltung von Luxusperden u. dgl.

Die im eigenen Haushalte des Steuerpflichtigen verzehrten Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft können übrigens, falls besondere Aufzeichnungen darüber nicht bestehen, nach einem billigen durchschnittlichen Anschlage in Bausch und Bogen berechnet werden.

Der Wert der in dem eigenen Wirtschaftsbetriebe, nicht im Haushalte, verbrauchten Erzeugnisse, zum Beispiel des selbsthergestellten und verbrauchten Futters, ist weder als Einnahme noch als Ausgabe in Rechnung zu stellen.

3. Der Mietwert der von dem Eigenthümer und seinen Angehörigen selbst bewohnten oder zur Führung des Haushaltes benützten Gebäude (vgl. unten Artikel 19).

4. Der Geldwert der Nutzung von etwaigen Gerechtsamen an anderen Grundstücken und von anderem Zugehör (Servituten, Wasserbezugsrechten, Fischereirechten u. dgl.).

5. Eventuell der Geldwert des am Schlusse der Wirtschaftsperiode vorhandenen Vorrathes an Wirtschaftserzeugnissen, soweit dieselben zur Verwertung durch Verkauf oder zum Verbrauch im Haushalte bestimmt sind. (Vergl. unten E.)

B. Demgegenüber können stets in Abzug gebracht werden sämtliche Bewirtschaftungskosten.

Unter diesen Gesichtspunkt fallen:

1. Die Erhaltung der Wirtschaftsgebäude, Tagelöhnerwohnungen und der übrigen dem Wirtschaftsbetriebe dienenden oder denselben sichernden baulichen Anlagen, Deiche, Mauern, Zäune, Wege, Brücken, Brunnen, Wasserleitungen, Schleusen, Bewässerungs- und Entwässerungsanlagen u. s. w.

2. Die Erhaltung des lebenden und toten Wirtschaftsinventars.

3. Die Versicherung der Wirtschaftsgebäude, des lebenden und toten Inventars, der Vorräthe an Wirtschaftserzeugnissen, sowie der noch stehenden Feld- und Gartenfrüchte — nicht aber des Haushaltsmobiliars — gegen Feuer, Hagel und anderen Schaden. Die Ausgaben für Versicherung des Haushaltsmobiliars sind zwar nach § 160, Ziffer 2, auch abzugsfähige Ausgaben, sie sind jedoch als besondere Abzüge, nicht als Bewirtschaftungskosten in Anrechnung zu bringen; sollte jedoch die Ermittlung der für die eine oder andere Versicherung entfallenden Prämien mit Schwierigkeiten verbunden sein, so ist deren vereinte Einsetzung unter den Bewirtschaftungskosten unter der Voraussetzung gestattet, daß unter den besonderen Abzügen eine diesbezügliche Ausgabe nicht eingesetzt wird.

4. Heizung und Beleuchtung der Wirtschaftsräume, nicht auch der für den Haushalt benützten Räume.

5. Samen, Pflanzen, Futter und Düngemittel, Rohstoffe oder sonstige Materialien, welche für den laufenden Wirtschaftsbetrieb einschließlich der etwaigen Nebenbetriebe zugekauft worden sind.

6. Gehalte, Löhne, Pensionen und sonstige Dienst-Emolumente sammt der etwa vom Dienstgeber übernommenen Personal-Einkommensteuer und Besoldungssteuer u. dgl. für das zum Wirtschaftsbetriebe — nicht auch für das zum Haushalte oder zur persönlichen Bedienung aufgenommene Personal, einschließlich der Verköstigung der im eigenen Wirtschaftsbetriebe dauernd verwendeten Familienglieder.



7. Die vom Eigenthümer für das zum Wirtschaftsbetriebe angenommene Personal geleisteten Beiträge zu Kranken-, Altersversorgungscassen u. s. w.

8. Die Grund- und Gebäudesteuer sammt Zuschlägen und Umlagen aller Art (vgl. Artikel 6), sowie die von den mit der Land- und Forstwirtschaft verbundenen Gewerbebetrieben (Artikel 13) zu entrichtende Erwerbsteuer sammt Zuschlägen, endlich indirecte Abgaben (Zuckersteuer, Branntweinsteuer u. s. w.), soferne sich dieselben als Geschäftskosten darstellen — selbstverständlich unter Berücksichtigung der im Artikel 8 getroffenen Anordnungen.

C. Inwieferne Auslagen für den Neubau, die Wiederherstellung oder Erweiterung der in B, Ziffer 1, aufgezählten Gebäude und Anlagen oder für Vermehrung und Verbesserung des Inventars, endlich Abschreibungen wegen Abnützung der zum Wirtschaftsbetriebe notwendigen Gebäude, Maschinen, Geräthschaften zc. in Abzug zu bringen sind, ist im Artikel 5 erörtert.

D. Insoferne das Material für die in B, Ziffer 1 und 2, bezeichneten Auslagen, oder Gegenstände der in B, Ziffer 5, bezeichneten Art, oder Emolumente für das Gesinde u. s. w. den eigenen Wirtschaftserzeugnissen entnommen sind, darf ihr Wert nur dann als Ausgabe angerechnet werden, wenn derselbe auch bei den Einnahmen in Anschlag gebracht worden ist.

E. Eine weitere Abzugspost bildet eventuell der Geldwert der aus der vorangegangenen in die gegenwärtige Wirtschaftsperiode übernommenen Bestände an Vorräthen der unter A, Ziffer 5, bezeichneten Art; doch kann bei denjenigen Betrieben, in welchen der Bestand der Vorräthe am Schlusse der einzelnen Wirtschaftsjahre wesentlichen Schwankungen nicht zu unterliegen pflegt, der Geldwert derselben sowohl bei der Einnahme als auch bei der Ausgabe unberücksichtigt bleiben.

F. Wegen des Abzuges der Schuldenzinsen und dauernden Lasten wird auf Artikel 7 und 8 verwiesen.

II. Nach welchen Gesichtspunkten die Schätzungscommissionen bei der Einschätzung des Reinertrages vorzugehen haben und inwieferne sie insbesondere auf den Catastralreinertrag Rücksicht zu nehmen in die Lage kommen, wird im Artikel 55 erörtert.

#### Artikel 15.

#### Besondere Bemerkungen über die Forstwirtschaft.

Bei Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens aus Forsten ist vorzugehen, wie folgt:

##### 1. In Einnahme sind zu stellen:

Der in dem maßgebenden Zeitraume erzielte Erlös für Forstproducte aller Art, sowie das empfangene Entgelt für an Dritte überlassene Nutzungsrechte an den Waldungen.

##### 2. In Ausgabe sind zu stellen:

Der Aufwand für Forstcultur, Forstschutz, Forstverwaltung, Schlagen, Zurichtung und Bringung der Hölzer, sowie für Erhaltung der Baulichkeiten (Forsthäuser, Brücken, Wege).

3. Außer Anrechnung bleiben die Ergebnisse außergewöhnlicher, nicht innerhalb der regelmäßigen Nutzung liegender Abtriebe, insoferne sie sich als eine Realisierung des Stammcapitals und nicht bloß als eine Erziehung der aus früheren Jahren aufgesammelten Erträgnisse der Forstwirtschaft darstellen.

Hiedurch ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß nach den Umständen (vgl. Artikel 4, Ziffer 4) der Erlös aus einem Abtriebe der ersteren Art als Gewinn aus einem Speculationsgeschäfte anzusehen und als solcher einzubekennen und zu besteuern ist.

Kosten für die Aufforstung dürfen nur insoweit in Anrechnung gebracht werden, als es sich um die Erhaltung des Forstbestandes handelt, nicht aber insoweit Neubeforstungen bisher unbewaldeter Flächen behufs Erweiterung des Forstbestandes in Frage stehen.

#### Artikel 17.

#### Verpachteter Grundbesitz.

(§ 163, Absatz 2.)

##### I. Einkommen des Verpächters.

Bei verpachtetem Grundbesitz oder bei Verpachtung der mit dem Grundbesitz verbundenen Rechte (Jagdrecht, Fischereirecht) sind die Einnahmen des Verpächters:

1. der wirklich erzielte Pachtzins;

2. der Geldwert, der dem Pächter zum Vortheile des Verpächters etwa obliegenden Natural- oder sonstigen Nebenleistungen und der dem Verpächter vorbehaltenen Nutzungen.

In Abzug zu bringen sind hievon:

1. die dem Verpächter vertragsmäßig verbliebenen abzugsfähigen Lasten;

2. die durch Elementarschäden, Mißernten u. s. w. veranlaßten Pachtzinsnachlässe, soferne dieselben nicht etwa schon bei der Ermittlung „des wirklich erzielten Pachtzinses“ in Abrechnung gebracht werden;

3. Das Äquivalent der Abnützung des Pachtobjectes (vergl. oben Artikel 5), soferne nicht etwa der Pächter zur Tragung dieser Last (so etwa bei Haftung für „eisernes Inventar“) verpflichtet ist.

Mit Rücksicht auf die bei der Geltendmachung dieser Abzugsposten möglichen Mißbräuche ist der Schätzungs- und Berufungscommission im Schlusssatze des § 163 ausdrücklich vollkommen freie Beweiswürdigung vorbehalten.



## II. Einkommen des Pächters.

Das Einkommen des Pächters ist in § 165 dem Einkommen aus selbständigen Erwerbsunternehmungen und Beschäftigungen zugezählt und wird deshalb in den Artikeln 20 bis 22 behandelt. Nach dem Formulare des Bekenntnisses ist jedoch dieses Einkommen mit jenem aus Grundbesitz zusammen einzubekennen.

§ 166 enthält hinsichtlich dieses Einkommens nachstehende besondere Bestimmungen: „Bei landwirtschaftlichen Pachtungen haben die im § 163, Absatz 1, enthaltenen Bestimmungen sinngemäße Anwendung zu finden. Bei allen Pachtungen ist der bezahlte Pachtzins einschließlich des Wertes der etwa dem Pächter obliegenden sonstigen Nebenleistungen nach Ausscheidung desjenigen Betrages, der auf die von dem Pächter oder seinen Angehörigen benützte Wohnung entfällt, in Abzug zu bringen“.

### b) Einkommen aus Gebäuden.

(§ 164.)

#### Artikel 18.

##### **Mietzins, Bestandzins u. dgl.**

1. Als Einkommen gilt der ganze empfangene Mietzins einschließlich des Entgeltes für etwa vorhandenes und mitvermietetes Mobiliar, für Hofräume, Lagerplätze, Hausgärten u. s. w., sowie einschließlich etwaiger Portalzinse und der Vergütung für die Benützung der vom Hausbesitzer angelegten und erhaltenen Gas- und Wasserleitungen, Aufzüge u. s. w.

Dem Mietzinse hinzuzurechnen ist der Geldwert der dem Mieter zum Vortheile des Vermieters obliegenden Nebenleistungen, sowie der dem Vermieter vorbehaltenen Nutzungen; abzugiehen sind die dem letzteren vertragsmäßig verbliebenen abzugsfähigen Lasten.

Uneinbringliche Mietzinse bilden natürlich kein Einkommen; es obliegt jedoch dem Steuerpflichtigen, unzweifelhaft darzuthun, daß der Mietzins uneinbringlich gewesen sei.

Der Mietzins ist in der Regel als feststehende Einnahme nach dem im Vorjahre erzielten Betrage anzusetzen.

Die vorstehend in Absatz 1 bis 4 getroffenen Bestimmungen gelten auch von verpachteten, in Bestand gegebenen oder sonst entgeltlich zur Benützung überlassenen Gebäuden und Gebäudetheilen.

2. Von dem Mietzinsbruttoertrage sind gleichfalls nach dem im Vorjahre verausgabten Betrage in Abzug zu bringen:

- a) Die wirklichen (nicht die bei der Hauszinssteuerbemessung in Abrechnung gebrachten) Ausgaben für Instandhaltung und Reparatur einschließlich der Ausgaben für die Erhaltung des mitvermieteten Gartens, Mobiliars, der Gas- und Wasserleitungen, Heizanlagen, Aufzüge u. s. w.; nicht abzugsfähig hingegen sind die Auslagen für etwaigen Umbau, Ausbau oder bessere Ausstattung des Gebäudes

oder für die Anlage und Pflege des zur Annehmlichkeit des Besitzers dienenden Hausgartens oder für Anschaffung von Mobiliar oder die Herstellung von Anlagen der oben bezeichneten Art.

- b) Ein angemessener Procentsatz der Baukosten für die Abnützung des Gebäudes.

Bei der Beurtheilung dieser Abzugsposten a) und b) sind die im Artikel 5 enthaltenen Bestimmungen zu berücksichtigen.

Insofern hiernach über das Abnützungsprocent eine Entscheidung erforderlich ist, wird dasselbe mit Bedachtnahme auf den Bauzustand, das Alter des Gebäudes und seine Rentabilität (unter Vergleichung der Anlagekosten oder der Kosten der Erwerbung mit dem Zinsertrage) zu bestimmen sein.

- c) Die Kosten der Versicherung des Gebäudes oder einzelner Theile oder Zubehörungen des Gebäudes gegen Feuer oder anderen Schaden.
- d) Die Gebäudesteuer sammt Zuschlägen (siehe oben Artikel 6).
- e) Die Entlohnung des Hausadministrators und des Hausbesorgers.
- f) Wegen des Abzuges der Satzpostzinse und sonstigen auf besonderen Rechtstiteln beruhenden, auf dem Objecte lastenden Lasten wird auf Artikel 7 und 8 verwiesen.

#### Artikel 19.

##### **Nicht vermietete Gebäude.**

1. Für Gebäude oder Gebäudetheile, welche vom Eigentümer ausschließlich zu land- und forstwirtschaftlichen oder gewerblichen Zwecken, zur Benützung als unentgeltliche Arbeiter- oder Dienstwohnungen, als Scheunen, Stallungen für Nutz- oder Zugvieh, Lagerräume, Speicher, Fabrik- und Maschinenräume, zur Gast- oder Schankwirtschaft verwendet werden, ist ein besonderes Einkommen nicht in Anschlag zu bringen, hingegen ist auf die durch diese Verwendung etwa herbeigeführte größere Ertragsfähigkeit der land- und forstwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe bei Ermittlung des Einkommens aus diesen Einnahmequellen entsprechend Bedacht zu nehmen.

Unter dieser Voraussetzung sind die in Artikel 18, Ziffer 2 a) bis f), angeführten Ausgaben als Abzugsposten des betreffenden land- und forstwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebes zulässig.

2. Die für die Zwecke des Unterrichtes, der Erziehung, der Wohltätigkeit und der öffentlichen Verwaltung bestimmten nicht vermieteten oder in anderer Weise entgeltlich überlassenen Gebäude werden, insoweit sie wegen ihrer Widmung von der Gebäudesteuer befreit sind, bei Feststellung des steuerpflichtigen Einkommens außer Betracht gelassen, das heißt, es wird weder



ein Einkommen aus diesen Gebäuden den Einnahmen zurechnet, noch bilden die für diese Gebäude verwendeten Auslagen eine Abzugspost.

3. Als Einkommen aus den vom Hauseigentümer und seinen Haushaltungsangehörigen selbst bewohnten oder sonst in anderer als der in Ziffer 1 und 2 bezeichneten Art benützten oder an andere Personen unentgeltlich überlassenen Gebäuden oder Gebäudetheilen gilt der reine Nutzwert, welchen die Gebäude oder Gebäudetheile nach ihrer Beschaffenheit und Lage, nach den Miets-, Verkehrs- und Wohnungsverhältnissen des Hauses, des Ortes oder der Umgebung und mit Rücksicht auf die Zeit ihrer tatsächlichen Benützung haben.

Bei der Schätzung des Nutzwertes sind zum Gebäude gehörige Hofräume, Stallungen, Hausgärten, Parkanlagen und sonstiges Zugehör zu berücksichtigen.

Die Ermittlung des Nutzwertes hat durch Vergleichung mit dem wirklichen Mietertrage von Häusern oder Wohnungen ähnlicher Beschaffenheit im Orte oder in der näheren Umgebung zu erfolgen.

4. Bei solchen Gebäuden, welche weder vermietet, noch in anderer Weise zur entgeltlichen Benützung überlassen, noch vom Eigentümer selbst benützt, noch an dritte Personen zur unentgeltlichen Benützung überlassen werden, ist ein Einkommen nicht in Anschlag zu bringen. Dagegen darf auch keinerlei Abzug wegen Auslagen oder Abschreibungen für dieselben erfolgen.

Die gesetzlichen Bestimmungen über das Einkommen aus Grund- und Gebäudebesitz sind deshalb so ausführlich und genau mitgetheilt, weil die Beurtheilung der Berechnung des Einkommens aus diesem Zweige auch bezüglich der Geistlichen der Schätzungs-Commission zusteht, deren erstmalige Wahl die rechtzeitig vorgelegte Fassung betreffs der Personal-Einkommensteuer zur Voraussetzung hat und in welche gewählt zu werden dem Geistlichen das Ablehnungsrecht zusteht, von dem er jedenfalls Gebrauch machen wird.

Diese Schätzungs-Commission ist bezüglich des Grund- und Gebäudebesitzes an die oben angeführten Bestimmungen gebunden und hat die Aufgabe, mit möglichster Genauigkeit den **thatsächlichen Reinertrag** festzustellen. Es würde deshalb die Einstellung des Catastralreinertrages in die Steuerfassung nicht hinreichend sein, wenn auch die Commission den Catastralreinertrag als Hilfsmittel einer richtigen Schätzung zu berücksichtigen hat.

Grundbesitzer, welche fleißig und genaue Aufzeichnungen über das Erträgnis gemacht haben, werden sich am leichtesten in die Bestimmung, das thatsächliche Erträgnis zu bekennen, finden; das Ordinariat hat zu wiederholtenmalen auf solche Aufzeichnungen gedrungen.

Die Regierung ist der Anschauung, der Catastralreinertrag sei niedriger als der thatsächliche Ertrag; der steierm. Landesausschuß hat seinerzeit das Gegentheil nachgewiesen und Besitzer, welche sehr sorgfältige Aufzeichnungen machten und vertrauenswürdig sind, haben eben auch das Gegentheil erfahren. Allein das hilft jetzt nicht über die positive Vor-

schrift hinweg, das Grunderträgnis der letzten zwei Jahre thatsächlich und beweisbar einzubekennen.

Deshalb soll hier aus dem Artikel 55 die Weisung Aufnahme finden, welche die Commission bezüglich der Einschätzung des Grunderträgnisses hat.

Artikel 55 der Vollzugsvorschrift lautet:

### Bei Grundbesitz und Gebäudebesitz insbesondere.

1. 1. Die Bestimmungen über die Berechnung des Einkommens aus selbstbewirtschaftetem Grundbesitz und die Art der Einkommensfindung dieses Einkommens sind in den §§ 159 bis 162, dann 163, ferner im Artikel 13 dieser Vollzugsvorschrift enthalten.

Auch die Commission hat sich die Bestimmungen, sowie Anordnungen der vorstehenden Artikel 52 bis 54, und zwar auch in jenen Fällen gegenwärtig zu halten, in denen Bekenntnisse nicht vorliegen; es steht ihr daher unter anderem ebenso wie dem Steuerpflichtigen frei, das Einkommen aus ... Brennereien ... Mühlen und ähnlichen landwirtschaftlichen Fabricationszweigen in Verbindung mit dem Einkommen aus der Landwirtschaft oder aber selbständig zu erheben; hiebei hat sie allerdings Sorge zu tragen, daß durch diesen Vorgang die wahre Höhe des Einkommens nicht über- oder unterschätzt werde.

2. In Erfüllung der ihr obliegenden Pflicht wird die Commission in die Lage kommen, sich ein selbständiges Urtheil über die Höhe des aus dem landwirtschaftlichen Betriebe erzielten **Reineinkommens** zu bilden.

Zu diesem Zwecke wird es, von seltenen Ausnahmefällen abgesehen, nicht nöthig sein, alle thatsächlich erzielten Wirtschaftseinnahmen und Ausgaben im Einzelnen festzustellen oder nachzuprüfen; insbesondere werden die im eigenen Haushalte des Steuerpflichtigen verzehrten Erzeugnisse der eigenen Land- und Forstwirtschaft nicht postenweise zu erheben, sondern nach einem billigen durchschnittlichen Anschlage in Bausch und Bogen zu berechnen sein.

In der Regel wird es genügen, wenn die Commission ihr Urtheil auf gewisse allgemeine Anhaltspunkte aufstützt. Solche Anhaltspunkte werden der Commission schon ihre eigene Kenntnis der Ortsverhältnisse, des Ernteausfalles, der Preise der landwirtschaftlichen Producte, ferner das Ergebnis der erforderlichenfalls anzuordnenden Einvernahme von Sachverständigen gewähren.

3. Der Catastralreinertrag stellt sich insbesondere auch dann, wenn es sich um die Vergleichung der Erträge aus Grundbesitz eines und desselben Bezirkes handelt, als ein wichtiger Factor zur Beurtheilung des Ertrages der Landwirtschaft dar. Aber auch sonst wird die Schätzungs-Commission bei der Beurtheilung des Einkommens aus Grundbesitz nebst den übrigen maßgebenden Verhältnissen auch den Catastralreinertrag zu berücksichtigen haben.



Hierbei ist jedoch zu beachten, daß schon mit Rücksicht auf die Art der Erhebung des Catastralreinertrages der wirkliche Reinertrag eines einzelnen Jahres beziehungsweise des dreijährigen Durchschnittes mit demselben in sehr zahlreichen Fällen nicht übereinstimmen können, sondern bald niedriger, bald höher ausfallen wird.

In erster Linie ist in dieser Beziehung hervorzuheben, daß der Catastralreinertrag aus Durchschnittsberechnungen eines 15jährigen Zeitraumes gewonnen wurde, die durch die auf Grund des Gesetzes vom 12. Juni 1896, R.-G.-Bl. Nr. 120 erfolgte Revision des Grundsteuercatasters nur eine theilweise Berichtigung erfahren haben. Für die Personal-Einkommensteuer aber ist das Einkommen auf Grund eines dreijährigen, bei der ersten Bemessung zweijährigen Durchschnittes zu berechnen; bei jeder folgenden, außer der ersten Bemessung handelt es sich daher, da die Einkommen der beiden ersten Jahre schon bekannt sind, um die Feststellung des letzten Jahresertrages. Dieser Ertrag müßte sich nun, selbst wenn alle übrigen Verhältnisse genau dieselben geblieben wären, wie sie bei der Catastralschätzung angenommen wurden, dann nothwendig von dem Catastralreinertrag unterscheiden, wenn das letzte Jahr von größerer oder geringerer Fruchtbarkeit wäre, als der 15jährige Catastraldurchschnitt voraussetzt.

Sodann ist festzuhalten, daß der Catastralreinertrag vor mehr als 15 Jahren ermittelt wurde, und die seither erfolgten Veränderungen der Menge sowohl als der Preise der Haupt- und Nebenproducte des Bodens naturgemäß nur insoweit berücksichtigt sind, als dies nach § 1 des Gesetzes, betreffend die Revision des Grundsteuercatasters, möglich war. Ferner waren dauernde Änderungen in der Bonität der Grundstücke zwar bei der Revision des Grundsteuercatasters zu berücksichtigen, bilden aber für die Zukunft keinen Gegenstand der Evidenzhaltung.

Der Catastralreinertrag umfaßt ferner ausschließlich den Ertrag der einzelnen Parzellen des Grundes und Bodens und berücksichtigt daher nicht, daß durch die Vereinigung zahlreicher Parzellen zu einem Gutskörper öfter ein höheres Einkommen erzielt werden kann, als bei isolierter Bewirtschaftung der Parzellen der Fall wäre; ebensowenig umfaßt der Catastralreinertrag das Einkommen aus den mit Grund und Boden verbundenen Fabricationszweigen und Nebenbetrieben.

Endlich beruht der Catastralreinertrag auf der Voraussetzung gemeinüblicher Betriebsweise unter vollständiger Entlohnung aller Arbeitskräfte. Insofern sich daher im einzelnen Falle die thatsächlichen Verhältnisse von jener Voraussetzung entfernen, wird gewöhnlich auch eine Abweichung des thatsächlichen Einkommens von dem Catastralreinertrage vorausgesetzt sein.

Mit Rücksicht auf die geschilderten Verhältnisse wird sich die Schätzungscommission, welche auf den Catastralreinertrag Rücksicht nimmt, stets die Frage zu beantworten haben, ob

derselbe dem wirklichen Einkommen entspreche; soferne dies nicht der Fall ist, wird sie das wirkliche Einkommen nach Maßgabe der Verhältnisse in einem vom Catastralreinertrag abweichenden, sei es höheren, sei es geringeren Betrage festzusetzen haben.

4. Abgesehen davon, kann das Erträgnis der Grundstücke durch Vergleichung mit den bekannten Erträgen anderer Besitzungen ermittelt werden.

5. Als geeignete Grundlage für die Schätzung können namentlich die in derselben Gegend oder in benachbarten Bezirken in den maßgebenden Wirtschaftsjahren wirklich gezahlten Pachtpreise dienen.

Behufs zutreffender Anwendung derselben dürfen jedoch in keinem Falle die Unterschiede im Pachtwerte unberücksichtigt bleiben, welche durch den Umfang der Wirtschaft, die Lage und den Zusammenhang der dazugehörigen Liegenschaften, die Bodenbeschaffenheit, die Bewirtschaftungsweise u. s. w. bedingt sind.

Auch muß bei der Vergleichung den besonderen Umständen Rechnung getragen werden, welche etwa im einzelnen Falle die normale Höhe des bedungenen Pachtpreises, sei es steigend, sei es herabmindernd, beeinflusst haben.

Ferner ist zu berücksichtigen, daß, wenn nicht die besonderen persönlichen Eigenschaften des Landwirthes ein anderes Ergebnis bedingen, das Einkommen des selbstbewirtschaftenden Eigenthümers in der Regel höher sein wird, als das Einkommen, welches ihm ohne weitere Aufwendung und Bemühung durch Verpachtung zufließen würde, denn er muß neben einer angemessenen Verzinsung seines Betriebscapitals auch einen Ersatz für seine eigene Thätigkeit und Mitarbeit seiner Angehörigen beanspruchen.

Dem ermittelten Pachtwerte ist deshalb ein diesem muthmaßlichen Mehreinkommen entsprechender Zuschlag hinzuzurechnen, bei dessen Bemessung die persönlichen Verhältnisse, die Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit des einzelnen Steuerpflichtigen Berücksichtigung finden.

6. Nicht minder sind die Kaufpreise der Liegenschaften als Anhaltspunkte zu benützen, wobei allerdings auf die häufig übliche besonders niedrige Verzinsung der in landwirtschaftlichen Besitzungen angelegten Capitalien gebührend Bedacht zu nehmen sein wird.

II. 1. Bei der Bewertung des Einkommens aus nicht vermieteten Gebäuden kann im allgemeinen der zum Zwecke der Bemessung der Hauszinssteuer oder der fünfprocentigen Steuer vom gebäudesteuerfreien Mietzinsertrage erhobene Mietwert als Nutzwert des Gebäudes oder der Wohnung angenommen werden, jedoch ist die Schätzungscommission an den für Zwecke der Gebäudesteuerbemessung ermittelten Mietwert nicht gebunden, und es hat insbesondere die Ausmittlung des Nutzwerts



wertes von mit einem Garten u. s. w. verbundenen Wohnungen unabhängig von der für Gebäudesteuerzwecke etwa erfolgten Zinsbewertung stattzufinden.

Von dem Mietwerte sind die im Artikel 18, Ziffer 2, a) bis f) angeführten Ausgaben in Abzug zu bringen.

2. Im Sinne der im Artikel 19, Ziffer 3 enthaltenen Bestimmungen ist auch der Nutzungswert von Villen, Schlössern und anderen Gebäuden, für welche eine Hauszinssteuer oder eine fünfprozentige Steuer nicht in Vorschreibung steht, zu ermitteln. In beiden Fällen hat die Ermittlung des Nutzungswertes in der Art zu erfolgen, daß die im Artikel 18 angeführten Ausgaben vorweg als Abzugsposten berücksichtigt werden, so daß ein weiterer Abzug von Kosten von diesen Nutzungswerten nicht mehr stattzufinden hat.

3. Bei bäuerlichen Wohnhäusern und ähnlichen Gebäuden, welche in der Regel einen Zinsertrag durch Vermietung nicht abwerfen, und bei denen eine Vergleichung mit ähnlichen vermieteten Gebäuden nach den örtlichen Verhältnissen nicht möglich ist, kann ein den örtlichen Verhältnissen angemessenes Vielfaches der Hausklassensteuer als Mietwert angesetzt werden.

4. Die unter Ziffer 3 betroffene Bestimmung hat auch für die Ermittlung des Nutzwertes des nicht vermieteten Gebäudetheiles dann sinngemäße Anwendung zu finden, wenn derartige Gebäude (bäuerliche Wohnhäuser u. dgl.) ausnahmsweise oder nur auf kurze Zeit vermietet sind.

5. Insoferne der Steuerpflichtige behauptet, auf die von ihm selbst benützten Gebäude oder Gebäudetheile Kosten verwendet zu haben, welche den Nutzungswert übersteigen, wird sorgfältig zu erwägen sein, inwieferne diese Kosten im Sinne des § 159 noch als auf die Erlangung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen verwendet anzusehen seien.

### **Das Einkommen aus Dienst- und Lohnbezügen und aus Ruhegenüssen.**

Ges. § 167.

Das Einkommen aus Dienst- und Lohnbezügen und Ruhegenüssen umfaßt insbesondere:

1. Die Gehalte, Personalzulagen, Activitätszulagen, Remunerationen und alle andern wie immer benannten, vorhinein festgesetzten (stehenden) Bezüge in Geld oder Naturalien der Beamten, Angestellten und Diener des Staates, der öffentlichen Körper und Anstalten, sowie aller Vereine und Gesellschaften; endlich der Privatbeamten und Privatbediensteten aller Art.

2. Die Beiträge, welche Weltgeistlichen und den Mitgliedern regulärer Communitäten (§ 158, Absatz 2) aus dem

Staatschatze, öffentlichen Fonds oder von Gemeinden zum Unterhalte zugewiesen sind, insbesondere die Congrua-Ergänzungen.

3. Alle anderen den im Punkte 1 und 2 genannten Personen aus ihrem Dienstverhältnisse oder ihrer Berufstellung oder mit Rücksicht auf dieselbe zukommenden Genüsse, wie Tantiemen, Präsenztagen, Collegiengelder, Prüfungstagen, Stölgelbühren, Accord- und Stücklöhne, Provisionen u. dgl. (veränderliche Bezüge.)

4. Ruhe- und Versorgungsgenüsse aller Art, welche die im Punkte 1 und 2 genannten Personen, dann Offiziere nach ihrer zeitlichen und bleibenden Versetzung in den Ruhestand oder nach einem in anderer Art erfolgten Austritte aus dem activen Dienste, sowie dergleichen Genüsse, welche die Witwen und Waisen der genannten Personen von dem Dienstgeber oder aus Fonds und Cassen beziehen, in welche von den Dienstgebern Beiträge geleistet werden.

Die Bezüge der mit Wartegebühr beurlaubten Officiere sind unter den hier aufgezählten Genüssen nicht inbegriffen.

Ges. § 168.

Vergütungen für Dienstesauslagen bilden kein steuerpflichtiges Einkommen. Inwieferne Functionszulagen, Reisepauschalien, Diäten und ähnliche Bezüge der Staatsbeamten als Vergütung für Dienstesausgaben anzusehen sind, wird im Verordnungswege bestimmt werden.

Sind Dienstbezüge theilweise zur Bestreitung eines durch die Erfordernisse des Dienstes hervorgerufenen Aufwandes zu dienen bestimmt, so ist von dem Betrage derselben der thatsächlich daraus bestrittene Dienstaufwand in Abzug zu bringen.

Naturalbezüge sind nach den wirklichen Preisen in Anschlag zu bringen.

Zu diesen Gesetzesbestimmungen gibt die Vollzugsschrift in den Artikeln 23, 24, 25 und 26 folgende nähere Aufklärungen.

### **d) Einkommen aus Dienst- und Lohnbezügen und Ruhegenüssen.**

(§ 167 und 168.)

Artikel 23.

#### **Einkleitung. Stehende Bezüge.**

Das Einkommen bilden die gesammten, dem Steuerpflichtigen aus seinem Dienstverhältnisse oder seiner Berufstellung oder mit Rücksicht auf dieselben zukommenden Genüsse, das ist die gesammte ihm für seine Thätigkeit ausdrücklich oder stillschweigend zugesicherte oder thatsächlich gewährte Gegenleistung, sowie die ihm von dritten Personen mit Rücksicht auf seine Stellung zukommenden Zuwendungen.



Dieses Einkommen umfaßt insbesondere:

1. Die Gehalte, Personalzulagen, Activitätszulagen, Remunerationen, und alle anderen wie immer benannten, vor-  
hinein festgesetzten (stehenden) Bezüge in Geld und Naturalien der Beamten, Angestellten und Diener des Staates, der öffentlichen Körperschaften und Anstalten, sowie aller Vereine und Gesellschaften, endlich der Privatbeamten und Privatbediensteten aller Art.

Die genannten Dienstbezüge sind als Einkommen anzurechnen, mögen sie nach bestimmten Jahres- oder Monats-  
sätzen, oder nach wie immer gearteten anderen Maßstäben zu-  
gesichert sein.

Keinen Unterschied macht es, unter welcher Bezeichnung (Gehalt, Remuneration, Quatiergeld, Lohn, Honorar) der  
Bezug gewährt wird, ebenso wenig macht es einen Unterschied, ob der Bezug zur Pension anrechenbar ist oder nicht. Nur die  
Vergütung von Dienstesausslagen bilden keinen Theil des Ein-  
kommens. (Siehe unten Artikel 25.)

2. Die Beiträge, welche Weltgeistlichen und Mitgliedern  
regulärer Communitäten (§ 158, Absatz 2) aus dem Staats-  
schatze, öffentlichen Fonds oder von Gemeinden zum Unter-  
halte zugewiesen sind, insbesondere die Congrua-Ergänzungen.

Das Einkommen der Geistlichen aus kirchlichen Grund-  
stücken und Gebäuden ist im Sinne der Artikel 12 bis 19 zu  
beurtheilen.

3. Ruhe- und Versorgungsgenüsse, welche die genannten  
Personen, nach ihrer zeitlichen oder bleibenden Versetzung in  
den Ruhestand oder nach einem in anderer Art erfolgten  
Austritte aus dem activen Dienste, aus Fonds und Cassen  
beziehen, in welche von den Dienstgebern Beiträge geleistet  
werden.

Die Bezüge der mit Wartegeld beurlaubten Officiere  
(Auditore, Militärärzte, Truppenrechnungsführer und Seelsor-  
ger) sind unter den hier aufgezählten Genüssen nicht inbegriffen.

4. Außer den baren Geldleistungen ist auch der Wert  
der etwaigen Naturalbezüge einschließlich des Mietwertes der  
freien Wohnung zu berücksichtigen. Bei dem steuerpflichtigen  
Einkommen der Staatsbeamten sind Dienstwohnungen oder  
die zur Benützung überlassenen Grundstücke, für welche ein  
Abzug an der Besoldung u. stattfindet, nicht anzurechnen,  
ebenso wenig aber der als Miet- oder Pachtzins geltende Be-  
soldungsabzug als Ausgabe zu berücksichtigen.

Bei Staatsbeamten, welche, falls sie nicht im Genusse einer  
Naturalwohnung stünden, ein vorhinein bestimmtes Quartier-  
geld empfangen würden, gilt dieses Quartiergeld als Wert der  
Naturalwohnung. In allen anderen Fällen ist der Wert der  
Naturalwohnung nach den Bestimmungen des Artikels 4,  
Ziffer 5, zu berechnen.

5. Die vorstehend angeführten Bezüge sind in der Regel  
nach den im letztvorangegangenen Jahre thatsächlich erzielten  
Ausmaße zu veranschlagen. Ist jedoch im Laufe des Jahres  
eine Änderung eingetreten, so sind die neuen erhöhten oder  
verminderten Dienstbezüge als eine neue Einnahmsquelle zu  
betrachten, und mit dem ganzjährigen Betrage einzubekennen.

## Artikel 24.

### Veränderliche Bezüge.

1. Die veränderlichen Bezüge umfassen alle anderen,  
den im Artikel 23 Ziffer 1 und 2, genannten Personen aus  
ihrem Dienstverhältnisse oder ihrer Berufstellung oder mit  
Rücksicht auf dieselben zukommenden Genüsse, wie Präsenztagen,  
Collegiengelder, Prüfungstagen, Stolzgebühren, Provisionen u.

2. — — — — —

3. Ferner gehören hieher Zuwendungen, welche den  
genannten Personen mit Rücksicht auf ihre Stellung von dritten  
Personen zufließen, mögen diese Zuwendungen auch den  
Charakter von freiwilligen Widmungen oder Geschenken haben;  
insbesondere:

a) das Einkommen der Geistlichen aus Stolzgebühren und  
Meißenstipendien — rücksichtlich welcher jedoch auch die  
Bestimmungen der §§ 202, Absatz 5, und 206 zu  
beachten sind — und aus anderen, den Geistlichen mit  
Rücksicht auf ihr Amt zufließenden Gaben u. s. w.

4. Hinsichtlich der Collegiengelder, Prüfungs- und  
Promotionstagen wird bis auf weiteres und solange die be-  
treffenden Steuerpflichtigen keine Einsprache erheben, gestattet,  
wie bisher die Besteuerung nach dem in Studienjahre erzielten  
Betrage vorzunehmen.

## Artikel 25.

### Vergütungen für Dienstesausslagen.

1. Vergütungen für Dienstesausslagen bilden kein steuer-  
pflichtiges Einkommen.

Sind Dienstbezüge theilweise zur Bestreitung eines durch  
die Erfordernisse des Dienstes hervorgerufenen Aufwandes zu  
dienen bestimmt, so ist von dem Betrage derselben der that-  
sächlich daraus bestrittene Dienstaufwand in Abzug zu bringen.

Inwieferne Functionszulagen, Reisepauschalien, Diäten  
und ähnliche Bezüge der Staatsbeamten als Vergütungen für  
Dienstesausslagen anzusehen sind, wird im Gesetze der Be-  
stimmung im Verordnungswege vorbehalten (§ 168).

2. In theilweiser Ausführung dieser Bestimmung wird  
hinsichtlich der Diäten und Reisegebühren, Reisepauschalien,



Substitutionsgebühren und Wagentgelde der Hof- und Staatsbeamten hiemit angeordnet, daß diese Bezüge dem Einkommen nicht zuzurechnen und der bei diesen Reisen, Substitutionen u. dergleichen tatsächlich bestrittene Aufwand auch nicht als Abzugspost abzuzurechnen ist.

3. Hinsichtlich der Functionszulagen der Staatsbeamten wird eine besondere Weisung nachfolgen.

4. Die nicht im Hof- und Staatsdienste angestellten Personen haben, falls sie die Freilassung einer empfangenen Entschädigung für Dienstesaufwand beanspruchen, auf Verlangen den Nachweis zu liefern, daß, beziehungsweise in welchem Ausmaße die gewährte Entschädigung für die mit ihren dienstlichen Verrichtungen verbundenen Ausgaben Verwendung finde.

## Artikel 26.

### Abzugsposten.

Die Steuerpflichtigen können als Abzugsposten in Anrechnung bringen:

- a) Die Besoldungssteuer von höheren Dienstbezügen sammt allfälligen Zuschlägen, die Dienstage, (Charaktertage, Urlaubstage), sowie den Stempel für die Gehaltsquittungen;
- b) die von den activen Staatsbeamten (Staatslehrpersonen) auf Grund des § 15 des Gesetzes vom 15. Mai 1896, R.-G.-Bl. Nr. 74, für Pensionszwecke an das Staatsärar zu leistenden Jahresbeiträge;
- c) die im § 160, Z. 3, 4 und 6, aufgezählten Ausgaben für Versicherung, Versorgungscassen und Zinsen von Privatschulden unter den dort angeführten Bedingungen;
- d) allfällige für den Dienstgeber geleistete Ausgaben; . . . u. dgl.

Aus dem Steuergesetze sind noch von Wichtigkeit die §§ 202 und 206 bezüglich des Verfahrens der Commission betreffs der Bekenntnisse der Geistlichen:

## Ges. § 202.

Jeder Steuerpflichtige ist verpflichtet, alljährlich binnen einer von der Finanzlandesbehörde mittels öffentlicher Bekanntmachung zu bestimmenden mindestens einmonatlichen Frist bei der zuständigen Steuerbehörde ein Bekenntnis über sein steuerpflichtiges Einkommen nach einem im Verordnungswege festzustellenden Formulare einzubringen.

Das Bekenntnis kann entweder schriftlich eingebracht oder mündlich zu Protokoll gegeben werden.

Hinsichtlich des Einkommens aus den im § 167 bezeichneten Bezügen hat das Bekenntnis die Angabe, ob dieselben

in Geld, Naturalgenüssen, Sachnutzungen oder anderen Leistungen bestehen, sowie den Namen, Stand und Wohnort des oder der zur Entrichtung der Bezüge Verpflichteten zu enthalten.

Bei Bezügen dieser Art, welche zum Theil zur Bestreitung von Dienstesaufgaben bestimmt sind (§ 168), ist der Gesamtbetrag des Bezuges und die Höhe des daraus zu bestreitenden Dienstesaufwandes anzugeben.

Geistliche, welche im Genusse einer Congrua-Ergänzung stehen, haben die Stolgebühren und jene Messstipendien, welche im Sinne des § 3 des Gesetzes vom 19. April 1885, R.-G.-Bl. Nr. 47, bei Bemessung der Congrua-Ergänzungen zur Anrechnung gelangen, lediglich mit demjenigen Betrage einzubekennen, mit welchem sie in dem letzten von der politischen Landesstelle geprüften und eventuell berichtigten Einkommensbekenntnisse zur Congrua-Ergänzung in Anrechnung gebracht wurden. Etwaige anderweitige Einnahmen aus errichteten Messstipendien sind nach ihrem thatsächlichen Ertrage einzubekennen.

Das Bekenntnis hat hinsichtlich des Einkommens aus Capitalvermögen in der Regel die nähere Bezeichnung des den Ertrag gewährenden Objectes und, insofern dieses eine Capitalsumme ist, den Zinsfuß und den Gesamtinteressenbezug, sowie den Namen und Wohnort des zur Zahlung der Zinsen u. s. w. Verpflichteten zu enthalten.

Der Steuerpflichtige genügt jedoch dieser Verpflichtung, wenn er sich im Bekenntnis auf die im Vorjahre angegebenen Daten beruft oder sich bereit erklärt, die oben bezeichneten Angaben über Verlangen der Steuerbehörde oder der Commission bekannt zu geben.

Sofern es sich um Einkommen handelt, dessen Betrag nur durch Schätzung gefunden werden kann, genügt es, wenn der Steuerpflichtige in das Bekenntnis statt der ziffermäßigen Angabe des Einkommens diejenigen Nachweisungen aufnimmt, deren die Commission zur Schätzung desselben bedarf.

Das Bekenntnis hat endlich die summarische Angabe des der Einkommensteuer nicht unterliegenden Einkommens zu enthalten.

## Ges. § 206.

Die Steuerbehörde hat die bei ihr einlangenden Bekenntnisse einer vorläufigen Prüfung zu unterziehen und allenfalls durch Einvernahme der Steuerpflichtigen oder von Sachverständigen und Auskunftspersonen zu ergänzen und richtigzustellen; die bei ihr einlangenden Nachweise, Verzeichnisse und sonstigen Bemessungsbefehle sind, soweit als thunlich, zu vervollständigen und für den Gebrauch der Schätzungscommission vorzubereiten.

Der Steuerbehörde obliegt auch, in zweifelhaften Fällen über die Einkommensverhältnisse jener Personen, welche Be-



kenntnisse nicht überreicht haben, Nachrichten einzuziehen. Die Mitwirkung der Vertrauensmänner (§ 199) bei der obigen Amtshandlung wird im Verordnungswege festgesetzt.

Sofern es sich um die Einschätzung der Einkünfte Geistlicher aus Dienstbezügen handelt, ist lediglich das Gutachten der politischen Landesbehörde im Einvernehmen mit der vorgesetzten kirchlichen Behörde in Anspruch zu nehmen; die im § 202, Absatz 5, bezeichneten Bezüge sind mit demselben Betrage anzunehmen, mit welchem sie zur Congrua-Ergänzung in Anrechnung gebracht wurden.

Dazu bemerkt die Vollzugsvorschrift:

#### Artikel 56.

### **Besondere Bestimmungen für Einkommen aus Dienstbezügen; — insbesondere für jenes der Geistlichen.**

(§ 202, Absatz 5; § 206, Absatz 3; § 158, Absatz 2.)

I. 1. Die Commission hat vorkommendenfalls den Betrag der in dem Einkommen enthaltenen Dienstbezüge besonders festzustellen.

II. Besondere Bestimmungen sind im Gesetze ferner hinsichtlich gewisser Bezüge der Geistlichen enthalten.

1. § 202, Absatz 5, bestimmt, daß bei Geistlichen, welche im Genuße einer Congrua-Ergänzung stehen, die Stollgebühren und jene Messstipendien, welche im Sinne des § 3 des Gesetzes vom 19. April 1885, R.-G.-Bl. Nr. 47, bei Bemessung der Congrua-Ergänzungen zur Anrechnung gelangen, lediglich mit demjenigen Betrage anzunehmen sind, mit welchem sie in dem letzten von der politischen Landesstelle geprüften und eventuell berichtigten Einkommensbescheinigungen zur Congrua-Ergänzung in Anrechnung gebracht wurden. Etwaige anderweitige Einnahmen aus errichteten Messstipendien dagegen kommen nach ihrem tatsächlichen Ertrage in Anrechnung.

2. § 206, Absatz 3, bestimmt, daß bei der Einschätzung der Einkünfte Geistlicher aus Dienstbezügen lediglich das Gutachten der politischen Landesbehörde im Einvernehmen mit der vorgesetzten kirchlichen Behörde in Anspruch zu nehmen ist; eine Erhebung durch Auskunftspersonen ist also ausgeschlossen. Selbstverständlich hat auch eine Inanspruchnahme der politischen Landesbehörden nur dort zu erfolgen, wo dies zur Prüfung der Angaben des Steuerpflichtigen erforderlich ist.

3. Hinsichtlich des Einkommens Geistlicher aus den Beneficial-Grundstücken, sowie aus Renten und Capitalvermögen gelten die allgemeinen Bestimmungen.

4. Bei den Mitgliedern regulärer Communitäten, welche aus deren Gesamteinkommen, ohne bestimmte Theile desselben als eigene Einkommen zugewiesen zu erhalten, die Versorgung genießen, wird sich die Einschätzung auf das Gesamteinkommen der einzelnen Communität beziehen, woraus dann im Sinne des § 158, Absatz 2, die steuerpflichtigen Einkommen der einzelnen Mitglieder zu ermitteln sind.

### **Das Einkommen aus dem Capitalvermögen.**

Ges. § 169.

Zum Einkommen aus dem Capitalvermögen gehören:

1. alle der Rentensteuer unterworfenen Bezüge (§§ 124 bis 126);

2. jene Zinsen, Renten und sonstigen Erträge aus Capitalien oder nutzbaren Rechten, welche von der Entrichtung der Rentensteuer befreit und nicht schon in einem der vorstehenden §§ 163 bis 167 inbegriffen sind; insbesondere gehören hieher die Zinsen und Renten von den Obligationen der allgemeinen Staatsschuld; die Zinsen von den durch Specialgesetze eine Steuerbefreiung genießenden Staats-, öffentlichen Fonds- und ständischen Obligationen, Landes-, Bezirks-, Gemeinde- und sonstigen Anlehen; die Zinsen von Einlagen in Postparcassen; die Zinsen und Dividenden von allen Arten von Actien, Prioritätsactien, Cuzen, Geschäftseinlagen, Genossenschaftsantheilen u. dgl.; die im § 94, lit. c, bezeichneten Zinsen von Prioritätsobligationen und Hypothekendarlehen; Zinsen und Dividenden von ausländischen Wertpapieren aller Art und sonstigen im Auslande angelegten Capitalien.

Ges. § 170.

Bei dem Einkommen aus Wertpapieren ist eine Erhöhung oder Verminderung des Curswertes außer Betracht zu lassen, sofern nicht die Papiere zum Betriebscapital eines kaufmännischen Geschäftes gehören.

Jedoch sind thatsächlich vereinnahmte Gewinne aus der zu Speculationszwecken unternommenen Veräußerung von Wertpapieren, Forderungen, Renten u. s. w. abzüglich etwaiger Verluste bei derartigen Geschäften dem Einkommen zuzurechnen.

Ges. § 171.

Endlich sind Zinsen, welche in unverzinslichen Capitalforderungen, bei denen ein höheres als das ursprünglich gegebene Capital zurückgewährt wird, enthalten sind, dem Einkommen desjenigen Jahres zuzurechnen, in welchem sie mit der Capitalrückzahlung vereinnahmt werden.

Erklärung der Vollzugsvorschrift:



- e) Einkommen aus Capitalvermögen.  
(§§ 169, 170 und 171.)

#### Artikel 27.

#### Nähere Bezeichnung der Einnahmen und Ausgaben.

I. Das Einkommen aus Capitalvermögen umfaßt alle Bezüge aus Vermögensobjecten oder Vermögensrechten, welche unter keiner der übrigen Einkommensarten begriffen sind, und zwar ohne Unterschied, ob diese Bezüge der Rentensteuer unterliegen oder von derselben befreit sind, ob dieselben von der Einkommensteuer III. Classe befreit waren oder nicht; ebenso wenig macht es einen Unterschied, ob den Schuldnern etwa nach den früheren Gesetzen ein Abzugsrecht zustand, beziehungsweise gemäß Artikel II, Absatz 3 des Gesetzes noch gegenwärtig zusteht oder nicht.

II. Zu dem Einkommen aus Capitalvermögen gehören insbesondere:

1. Die Zinsen und Renten von Staats-, öffentlichen Fonds und ständischen Obligationen, von den Obligationen der Landespropinationsfonde, von Landes-, Bezirks- und Gemeindeanlehen ohne Rücksicht darauf, ob diese Zinsen oder Renten der Rentensteuer unterliegen oder von derselben befreit sind. Demnach gehören hieher insbesondere auch die Zinsen und Renten der Obligationen der allgemeinen Staatsschuld, sowie die Zinsen von den durch Specialgesetze eine objective Steuerbefreiung genießenden Staats-, öffentlichen Fonds- und ständischen Obligationen, Landes-, Bezirks-, Gemeinde- und sonstigen Anlehen.

2. Die Zinsen von allen anderen was immer für einen Namen habenden öffentlichen oder privaten, verbrieften oder unverbrieften, versicherten oder nicht versicherten Darlehen, Schuldforderungen, Pfandbriefen, Hypothekendarlehen, Darlehen gegen einfachen Schuldschein, gegen Wechsel; ferner von Rauffchillingsresten, Contocorrentforderungen, Cautionen, Depositen, Cassenscheinen, Spareinlagen, Sparcasse-Einlagen u. s. w. ohne Ausnahme, daher auch insbesondere ohne Unterschied, ob diese Zinsen und Renten der Rentensteuer unterliegen, beziehungsweise der bisherigen Einkommensteuer III. Classe unterlagen oder nicht. Es sind daher in Zukunft insbesondere auch die Zinsen von Hypotheken auf steuerpflichtigen Gebäuden und Grundstücken und von Forderungen gegen Handel- und Gewerbetreibende einzubekennen.

3. Die die Stelle von Zinsen vertretenden Escomptegewinne.

4. Zinsen und Dividenden von allen Arten von Actien, Prioritätsactien, Prioritäten aller Art, von Geschäftsanteilen Genossenschaftsanteilen, Cuzen u. s. w., und zwar von in- und ausländischen Papieren dieser Art, einschließlich der Actien,

Prioritätsactien und Prioritäten solcher Unternehmungen, welche von der Erwerbsteuer befreit sind.

5. Die Pachtzinse aus der Verpachtung von Gewerben, Gewerbsrechten und anderen, weder der Grund- noch der Gebäudesteuer unterliegenden Objecten. Pachtzinse für grund- und gebäudesteuerpflichtige Objecte sind bei dem Einkommen, aus verpachtetem Grund- (Artikel 17), beziehungsweise Gebäudebesitze (Artikel 18) besprochen.

6. Renten aller Art, mit alleiniger Ausnahme derjenigen, welche ein unmittelbares Entgelt für geleistete Dienste bilden, sowie der im Artikel 23, Punkt 3, bezeichneten Ruhe- und Versorgungsgenüsse, also:

- a) Renten (Erbrenten, Zeitrenten, Leibrenten), welche von Versicherungs- und Versorgungsanstalten, Pensionscassen, Witwencassen oder anderen Cassen und Anstalten ähnlicher Art gegen bestimmte Einlagen verabfolgt werden, oder welche auf einer Schenkung, Stiftung oder letztwilligen Anordnung oder auf einem Rentenkaufe beruhen;
- b) Ablösungs- und Entschädigungsrenten, Auszugsleistungen und Leibgedinge, Bezüge aus Nutzungsrechten, Dienstbarkeiten, wie Nießbrauch und Wohnungsrecht, Grundlasten und ähnliche Berechtigungen;
- c) die Betheiligungen, welche die Inhaber cartellierter Unternehmungen dann beziehen, wenn sie den Betrieb ihrer Unternehmung einstellen oder beschränken;
- d) sonstige fortlaufende Zahlungen, Leistungen und Unterstützungen, soferne der Geber zu deren Verabreichung sich rechtsgiltig verbindlich gemacht hat oder kraft des Gesetzes oder kraft richterlichen Urtheils verpflichtet ist, wie: Alimentationsleistungen, Apanagen u. a. m.;
- e) fortlaufende Bezüge für die Unterlassung der Ausübung oder Überlassung der Ausübung von Berechtigungen.

Als fortlaufend gilt jede periodisch wiederkehrende Leistung, auch wenn dieselbe von vorherein auf eine bestimmte Zeitdauer beschränkt ist.

Unterstützungen oder andere Zuwendungen, deren Entrichtung überhaupt oder deren Betrag von dem freien Willen des Gebers abhängt, sind, auch wenn sie sich zeitweise — jedoch nicht regelmäßig (§ 159, Absatz 2) — wiederholen, dem Einkommen nicht zuzurechnen.

III. 1. Die vorstehend in II., Ziffer 1 bis 6, angeführten Zinsen und Renten gelten unter Beachtung der im Artikel 10 aufgestellten Grundsätze in der Regel als stehende; als veränderliche Einnahmen kommen insbesondere in Betracht:

- a) Zinsen von Contocorrentforderungen, Depositen und Cassenscheinen,
- b) Escomptegewinne,



- c) Zinsen und Dividenden von Actien, Prioritätsactien, Cuxen, Geschäfts- und Genossenschaftsantheilen,
- d) Bezüge für die Unterlassung oder Überlassung der Ausübung von Berechtigungen, soferne sich dieselben als aliquote Betheiligungen an den entsprechenden Einnahmen darstellen,
- e) Los-, Lotterie- und Spielgewinnste.

2. Zinsen und Renten sind in dem thatsächlich erzielten Betrage dem Einkommen zuzurechnen; nicht bezogene (wie zu-gefristete, erlassene) oder uneinbringliche Bezüge dieser Art bilden daher keinen Theil des Einkommens; hingegen sind im Geschäftsverkehre gutgeschriebene Zinsen anzurechnen, ebenso sind für Rechnung früherer Jahre nachträglich bezogene, wegen Aufzinstung oder vermeintlicher Uneinbringlichkeit seinerzeit außer Besteuerung gebliebene Beträge dem Einkommen, und zwar desjenigen Jahres zuzurechnen, in dem sie bezogen werden.

Der Steuerpflichtige, der behauptet, daß er ihm zugesicherte Zinsen oder Renten nicht bezogen habe, hat diesen Umstand nachzuweisen.

3. Bei dem Einkommen aus Wertpapieren ist eine Erhöhung oder Verminderung des Kurswertes außer Betracht zu lassen; jedoch sind thatsächlich vereinnahmte Gewinne aus der zu Speculationszwecken unternommenen Veräußerung von Wertpapieren, Forderungen, Renten u. s. w. abzüglich etwaiger Verluste bei derartigen Geschäften dem Einkommen zuzurechnen.

4. Bei den Annuitäten ist nur der in der Annuität enthaltene Zinsbetrag ein Bestandtheil des Einkommens.

5. Zinsen, welche in unverzinslichen Capitalforderungen, bei denen ein höheres als das ursprünglich gegebene Capital zurückgewährt wird, enthalten sind, sind dem Einkommen desjenigen Jahres zuzurechnen, in welchem sie mit der Capitalrückzahlung vereinnahmt werden.

6. Naturalbezüge sind nach den ortsüblichen Preisen in Geld anzusetzen.

7. Als Abzugsposten können die Kosten für Aufbewahrung und Verwaltung der Wertpapiere in Anrechnung gebracht werden; hingegen bilden Prämien für die Versicherung gegen Verlosungsgefahr keine Abzugspost.

Da nach Punkt 3 des Artikels 56 der Vollzugsvorschrift bezüglich des Einkommens der Geistlichen aus Renten und Capitalvermögen die allgemeinen Bestimmungen gelten und somit die Schätzungscommission bezüglich dieses Einkommens sich in ihrem Wirkungskreise klar zu werden berechtigt ist, so sind die Artikel 57 und 58 ebenfalls wohl in Erwägung zu ziehen.

## Artikel 57.

### Besondere Bestimmung für Einkommen aus Capitalvermögen und Speculationsgewinnen.

Mit besonderer Sorgfalt wird die Commission das Vorhandensein von Einkommen aus Capitalvermögen und aus Speculationsgewinnen zu beobachten haben. Da in dieser Beziehung die Einkommensquelle selbst, soferne es sich nicht um hypothecierte Forderungen oder dergleichen handelt, nur selten der Commission unmittelbar zur Kenntnis kommen wird, so ist die größte Aufmerksamkeit auf das Verhältniß der der Commission bekannten Einkommenszweige zu dem Aufwande des Steuerpflichtigen zu verwenden. Nicht minder ist auf vorgekommene Erbfälle, Gewinne, notorisch glückliche Speculationsgeschäfte und dergleichen in der doppelten Richtung Bedacht zu nehmen, ob derartige Einnahmen dem Einkommen zuzurechnen, oder im verneinenden Falle, ob das aus diesen Vermögenszuwächsen fließende Einkommen zur Besteuerung herangezogen sei.

## Artikel 58.

### Die Einschätzung nach dem Aufwande.

Wenn das Einkommen eines Steuerpflichtigen nach seinen einzelnen Quellen nicht mit genügender Sicherheit festzustellen ist, können die Wahrnehmungen der Commission über die Lebensweise und über die sichtbaren Aufwendungen, welche er für sich, seine Angehörigen und seinen Haushalt fortgesetzt macht, einen Anhaltspunkt gewähren, um die Höhe des gesamten Aufwandes und danach das muthmaßliche Gesamteinkommen zu schätzen.

In allen Fällen ist jedoch daran festzuhalten, daß der Verbrauch oder Aufwand stets nur eine Grundlage für die Schätzung, nicht aber selbst den Gegenstand der Besteuerung bildet. Unzulässig ist also die Veranlagung nach dem Aufwande, sobald feststeht, daß der letztere mit der Höhe des wirklichen steuerpflichtigen Einkommens nicht übereinstimmt. Bestreitet beispielsweise ein Steuerpflichtiger erweislich seinen Aufwand ganz oder theilweise aus seinem Capitalvermögen durch freiwillige Zubeße seiner Angehörigen oder aus anderen Quellen, welche ihm als steuerpflichtiges Einkommen nicht angerechnet werden können, so müssen jedenfalls die aus solchen Quellen herrührenden Beträge bei der Schätzung des steuerpflichtigen Einkommens außer Anschlag bleiben. Freilich wird die Schätzungscommission verlangen müssen, daß Steuerpflichtige, welche behaupten, daß sie derartige Zuschüsse erhalten, diesen Umstand auch glaubhaft nachweisen.

In der Vollzugsvorschrift findet sich Seite 537—539 nachstehendes Formular A.



Königreich: )  
Land: )  
Politischer Bezirk: . . . . .

### Formular A.

Schätzungsbezirk: . . . . .  
Steueramtsbezirk: . . . . .  
Gemeinde: . . . . .

# Bekennntnis zur Personaleinkommensteuer

des . . . . . (Name)  
 . . . . . (Beruf)  
 in . . . . . (Angabe des ordentlichen Wohnsitzes und der Wohnung)  
 für das Steuerjahr 18..

Mein steuerpflichtiges Einkommen einschließlich des mir zuzurechnenden Einkommens meiner  
Haushaltsangehörigen, nämlich:

Anmerkung: Hier sind diejenigen Angehörigen namentlich anzuführen, deren Einkommen dem Steuerpflichtigen nach § 157 des Gesetzes und Art. 3 der Vollzugsvorschrift zuzurechnen ist.

belräkt:

- A. Aus Grundbesitz: Betrieb der Land- und Forstwirtschaft auf eigenen oder fremden, insbesondere gepachteten Grundstücken, Verpachtung, Vermietung, anderweitige Nutzung (z. B. Vießbrauch) von Grundstücken, dann aus landwirtschaftlichen Industrien und Nebengewerben — alle diese Einnahmen einschließlich des Geldwertes der im Haushalte verbrauchten Wirtschaftserzeugnisse und nach Abzug der Bewirtschaftungskosten . . . . .
- B. Aus Gebäuden: Wirklich erzielter Mietzinsertrag oder reiner Nugwert der vom Befennnis-  
leger selbst bewohnten oder sonst benützten oder an andere Personen unentgeltlich zur Benützung  
überlassenen Gebäude mit Ausnahme der im § 164, Absatz 2 und 3, genannten Gebäude nach  
Abzug der Gebäudeerhaltungskosten . . . . .
- C. Aus selbstständigen Unternehmungen und Beschäftigungen, wie: Bergbau,  
Handel und Gewerbe und anderen gewinnbringenden Beschäftigungen, einschließlich des Geld-  
wertes der im Haushalte verbrauchten Erzeugnisse des eigenen Betriebes; aus freistellender,  
künstlerischer, ärztlicher und wissenschaftlicher Thätigkeit; alle diese Einnahmen nach Abzug der  
Geschäfts- und Betriebskosten . . . . .
- D. Aus Dienst- und Lohnbezügen, Ruhegenüssen und ähnlichen Bezügen: Gehalt,  
Besoldung, Personalzulage, Activitätszulage, Quartiergeld, Remunerationen, Congruabezüge,  
Gebühren, Stolgebüren, Tantiemen, Präsenztagen, Collegiengelder, Prüfungsgaren, Provisionen,  
Rebeneinkünfte (z. B. bei Portieren, Zahlstellern u. dgl.), Accord- und Stücklöhne, Wartegeld,  
Pension, Witwen-, Waisengeld und sonstige fortlaufende Einnahmen, welche nicht unter E  
begriffen sind; ferner der Geldwert der Naturalwohnung und sonstige Naturalbezüge . . .  
Dienstbezüge, aus denen ich Dienstesaussagen zu bestreiten habe, kommen mir zu: fl.,  
die aus demselben zu bestreitenden Auslagen betragen: fl.  
[Name, Stand und Wohnort der Personen (Körperschaften), welche die unter D erwähnten  
Genüsse auszahlten, sind auf der dritten Seite des Befennnisses anzugeben.]  
Der Arbeitsverdienst der Ehegattin und der Haushaltsangehörigen, für welche im Sinne  
des § 173, Absatz 2, Abzüge geltend gemacht werden, beträgt, und zwar:  
jener der Ehegattin . . . . . fl.  
jener . . . . . fl.  
jener . . . . . fl.

An feststehenden Einnahmen im Jahre ..	An schwankenden Einnahmen *	Zusammen
nicht mehr als Gulden		
	1	
	2	
	3	
	4	
	1	
	2	
	3	
	4	
	1	
	2	
	3	
	4	
	1	
	2	
	3	
	4	
	1	
	2	
	3	
	4	

Anmerkung\*: In die Rubrik 4 ist der berechnete Durchschnitt einzusetzen; in den Rubriken 1—3 können die Einnahmen der letzten in die Durchschnittsberechnung fallenden Jahre eingesetzt werden.

Zur Beachtung: Die Parteien werden zur Vermeidung weiterer Erhebungen im eigenen Interesse aufmerksam gemacht, die Liegenschaft, das Gebäude, Bergwerk, Gewerbe u. s. w., auf welche sich obige Angaben beziehen, möglichst genau zu bezeichnen.







Dem Steuerpflichtigen steht es frei, die seinen vorstehenden Angaben zugrunde liegenden Berechnungen, die Höhe der vorgenommenen Abschreibungen oder andere Erläuterungen und Zusätze auf dieser Seite oder auf einer besonderen Beilage mitzutheilen; gemäß § 202, Absatz 3—7, müssen hier aber auch die näheren Angaben über Namen, Stand und Wohnort des zur Entrichtung der Dienstbezüge Verpflichteten, ferner über Naturalbezüge, über die Bezüge der Geistlichen, endlich bei Einkommen aus Capitalvermögen die Angabe des den Ertrag gewährenden Objectes, und zwar bei Capitalforderungen insbesondere die Angabe des Zinsfußes, sowie des Namens und Wohnortes des zur Zahlung Verpflichteten erfolgen.

Der Steuerpflichtige kann sich hierbei aber auch auf die im Vorjahre angegebenen Daten berufen und nur die vorgekommenen Änderungen angeben.

Handelt es sich um ein nur im Wege der Schätzung zu ermittelndes Einkommen, so sind die zu dieser Schätzung erforderlichen Daten anzuführen; nicht der Personaleinkommensteuer unterliegendes Einkommen ist seiner Art und Höhe nach hier zu detailliren.

---

Von der Steuerbehörde abzutrennender Coupon.

Von der Partei  
auszufüllen

Name . . . . .  
Beruf . . . . .  
Wohnort . . . . .

Betrag des fatirten steuerpflichtigen Gesamteinkommens (wie Seite 2) . . . . . fl. . . fr.

Von der  
Steuerbehörde  
auszufüllen.

Betrag der vom fatirten Einkommen entfallenden Personaleinkommensteuer . . . . . fl. . . fr.



Voranstehendes Formular wird ähnlich wie das Einkommenbekenntnis über die mit dem Amte eines Pfarrers verbundenen Bezüge behufs Dotationsergänzung nach dem Gesetze vom 19. April 1885 (R.-G.-Bl. Nr. 47) auszufüllen sein.

Ist die Steuerfassion richtig verfaßt worden, dann wird der Patent aus den nachstehenden Paragraphen entnehmen können, wie hoch die Steuer ist, die ihm wird bemessen werden.

### Musmaß der Steuer.

Ges. § 172.

Die Personaleinkommensteuer beträgt jährlich bei einem Einkommen

	von mehr als:	bis einschließlich:	Steuer:
	fl.	fl.	fl. fr.
1. Stufe	600	625 . .	3.60
2. "	625	650 . .	4.—
3. "	650	675 . .	4.40
4. "	675	700 . .	4.80
5. "	700	750 . .	5.40
6. "	750	800 . .	6.—
7. "	800	850 . .	6.80
8. "	850	900 . .	7.60
9. "	900	950 . .	8.40
10. "	950	1.000 . .	9.20
11. "	1.000	1.100 . .	10.—
12. "	1.100	1.200 . .	12.—
13. "	1.200	1.300 . .	14.—
14. "	1.300	1.400 . .	16.—
15. "	1.400	1.500 . .	18.—
16. "	1.500	1.600 . .	20.—
17. "	1.600	1.700 . .	22.—
18. "	1.700	1.800 . .	24.—
19. "	1.800	1.900 . .	27.—
20. "	1.900	2.000 . .	30.—
21. "	2.000	2.200 . .	34.—
22. "	2.200	2.400 . .	39.—
23. "	2.400	2.600 . .	44.—
24. "	2.600	2.800 . .	49.—
25. "	2.800	3.000 . .	55.—
26. "	3.000	3.300 . .	62.—
27. "	3.300	3.600 . .	71.—
28. "	3.600	3.900 . .	80.—
29. "	3.900	4.200 . .	90.—
30. "	4.200	4.600 . .	101.—
31. "	4.600	5.000 . .	114.—
32. "	5.000	5.500 . .	129.—
33. "	5.500	6.000 . .	146.—

	von mehr als:	bis einschließlich:	Steuer:
	fl.	fl.	fl. fr.
34. Stufe	6.000	6.500 . .	163.—
35. "	6.500	7.000 . .	181.—
36. "	7.000	7.500 . .	199.—
37. "	7.500	8.000 . .	217.—
38. "	8.000	8.500 . .	235.—
39. "	8.500	9.000 . .	253.—
40. "	9.000	9.500 . .	272.—
41. "	9.500	10.000 . .	291.—
42. "	10.000	11.000 . .	319.—
43. "	11.000	12.000 . .	357.—
44. "	12.000	13.000 . .	395.—
45. "	13.000	14.000 . .	433.—
46. "	14.000	15.000 . .	471.—
47. "	15.000	16.000 . .	510.—
48. "	16.000	17.000 . .	550.—
49. "	17.000	18.000 . .	590.—
50. "	18.000	19.000 . .	630.—
51. "	19.000	20.000 . .	670.—
52. "	20.000	22.000 . .	730.—
53. "	22.000	24.000 . .	800.—
54. "	24.000	26.000 . .	880.—
55. "	26.000	28.000 . .	960.—
56. "	28.000	30.000 . .	1.040.—
57. "	30.000	32.000 . .	1.125.—
58. "	32.000	34.000 . .	1.212.—
59. "	34.000	36.000 . .	1.300.—
60. "	36.000	38.000 . .	1.390.—
61. "	38.000	40.000 . .	1.482.—
62. "	40.000	42.000 . .	1.574.—
63. "	42.000	44.000 . .	1.668.—
64. "	44.000	46.000 . .	1.764.—
65. "	46.000	48.000 . .	1.860.—

Bei Einkommen von über 48.000 fl. bis einschließlich 100.000 fl. steigen die Stufen um je 2000 fl. und die Steuer um je 100 fl.; bei Einkommen von über 100.000 fl. bis einschließlich 105.000 fl. beträgt die Steuer 4650 fl.; bei Einkommen über 105.000 fl. steigen die Stufen um je 5000 fl. und die Steuer um je 250 fl.

Die Steuer ist jedoch mit der Maßgabe zu bemessen, daß von dem Einkommen einer höheren Stufe nach Abzug der Steuer niemals weniger erübrigen darf, als von dem höchsten Einkommen der nächst niedrigeren Stufe nach Abzug der auf letztere entfallenden Steuer erübrigt.

Sofern auf Grund der Bestimmungen des § 153, Z. 1, lit. b) und Z. 2, und des § 155, Absatz 2, Einkommen von 600 fl. oder weniger zur Veranlagung kommen, vermindern sich die Einkommenstufen um je 25 fl. und die Steuer um je 15 fr.



## Die Rentensteuer.

### Steuerpflicht.

Ges. § 124.

Der Rentensteuer unterliegt, wer aus Vermögensobjecten oder Vermögensrechten Bezüge empfängt, welche nicht schon durch die Grund-, Gebäude-, Erwerb- oder Besoldungssteuer unmittelbar getroffen sind.

Solche Bezüge sind insbesondere:

1. Die Zinsen und Renten von Staats-, öffentlichen Fonds- und ständischen Obligationen, von den Obligationen des Landespropinationsfondes, von Landes-, Bezirks- und Gemeinde-Anlehen;

2. die Zinsen von allen andern was immer für einen Namen habenden öffentlichen und privaten, verbrieften oder unverbrieften, versicherten oder nicht versicherten Darlehen, Schuldsforderungen oder sonstigen Capitalsforderungen; wie die Zinsen von Theilschuldverschreibungen, Pfandbriefen, Hypothekar-Darlehen, Darlehen gegen einfachen Schuldschein, gegen Wechsel; ferner von Rausschillingsresten, Contocorrent-Forderungen, Cautionen, Depositen, Cassenscheinen, Spareinlagen;

3. die die Stelle von Zinsen vertretenden Escomptegewinne;

4. die Pachtzinse aus der Verpachtung von Gewerben, Gewerbsrechten und anderen, weder der Grund- noch der Gebäudesteuer unterliegenden Objecten;

5. Renten aller Art mit Ausnahme derjenigen, welche ein unmittelbares Entgelt für geleistete Dienste bilden, sowie der im § 167, Ziffer 4, bezeichneten Ruhe- und Versorgungsrenten, also: Renten (Erbrenten, Zeitrenten, Leibrenten), welche von Versicherungs-, Versorgungsanstalten, Pensionscassen, Witwencassen oder anderen Cassen oder Anstalten ähnlicher Art gegen bestimmte Einlagen verabsolgt werden, oder welche auf einer Schenkung oder letztwilligen Anordnung oder auf einem Rentenkauf beruhen; Ablösungs- und Entschädigungsrenten, Einlösungsrenten für verstaatlichte Unternehmungen, Auszugsleistungen und Leibgedinge; Bezüge aus Nutzungsrechten, Dienstbarkeiten, Grundlasten und ähnlichen Berechtigungen;

6. sonstige fortlaufende Zahlungen, Leistungen und Unterstützungen, sofern der Geber zu deren Verabreichung sich rechtsgültig verbindlich gemacht hat, oder kraft des Gesetzes oder kraft richterlichen Urtheiles verpflichtet ist; wie Alimentsleistungen, Bezüge für die Unterlassung der Ausübung von Berechtigungen, oder für die Gestattung der Ausübung von Berechtigungen, Patenten, Privilegien, Erfindungen u. dgl. durch einen andern;

7. die Zinsen und Dividenden von ausländischen Wertpapieren, sofern diese Bezüge nicht nach dem § 127, Absatz 1,

von der Steuerpflicht ausgenommen sind; Actien und Prioritäten von Unternehmungen, welche auch nur von einem Theile ihres Betriebes der hierländigen Erwerbsteuer im Sinne des zweiten Hauptstückes unterliegen, werden nicht als ausländische Wertpapiere betrachtet.

### Befreiungen.

Ges. § 125.

Der Rentensteuer unterliegen nicht:

1. Der Staat und die Länder;

2. Bezirke (Straßenconcurrentz-, Schulbezirke) und Gemeinden hinsichtlich der Zinsen von zeitweilig angelegten Steuergeldern und empfangenen, jedoch nicht sofort verwendeten Anlehensvaluten;

3. Anstalten und Fonds, welche vom Staate durch jährliche, nicht aus privatrechtlichem Titel zu leistende Zuschüsse unterstützt werden;

4. Die cumulativen Waisencassen, Invalidenfonds, Anstalten für Krankenverpflegung, Armenversorgung und Armenunterstützung und sonstige Humanitäts- und Wohltätigkeitsanstalten, ferner Fonds zum Baue von Gotteshäusern, sowie öffentliche Anstalten, welche für den Unterricht bestimmt sind;

5. die k. k. Postsparcasse und die Zinsen von Spareinlagen bei der Postsparcasse;

6. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Borschußcassen, welche im Sinne des § 84 lit. e, und des § 85, Absatz 1, von der Erwerbsteuer befreit sind;

7. Personen, deren rentensteuerpflichtige Bezüge weder für sich allein noch auch in Verbindung mit ihrem anderweitigen Einkommen den Betrag von 600 fl. jährlich übersteigen;

8. jene Beiträge, welche ein Eheheil von dem anderen, sowie Kinder von ihren Eltern oder Elternstelle vertretenden Verwandten, oder Eltern von ihren Kindern zum Unterhalte empfangen;

9. jene Zinsen von Staats-Obligationen und jene Entschädigungsrenten für aufgehobene Gefälle, auf welche das Gesetz vom 20. Juni 1868, R.-G.-Bl. Nr. 66, Anwendung hat;

10. die Dividenden der österreichisch-ungarischen Bank im Sinne auf die Dauer der Gültigkeit des Gesetzes vom 21. Mai 1887, R.-G.-Bl. Nr. 51;

11. jene Bezüge, welche dem im Artikel II dieses Gesetzes aufrecht erhaltenen Abzugsrechte des Schuldners unterliegen;

12. jene Zinsen und sonstigen Rentenbezüge, welchen die Steuerfreiheit durch ein Specialgesetz ausdrücklich zugesichert wurde; dahin sind auch die Zinsen und Dividenden der Actien jener Unternehmungen zu rechnen, welche von der



Erwerbsteuer auf Grund des § 84, Absatz 1 a oder Absatz 2, befreit sind;

13. jene einem erwerbsteuerpflichtigen Unternehmer zufließenden Zinsen und Renten, welche nachweislich einen Theil eines der Erwerbsteuer unterliegenden Geschäftsertrages bilden;

14. jene von einer zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Unternehmung (§ 83) ausgezahlten Zinsen, welche auf Grund des § 94, lit. c, von dem steuerpflichtigen Ertragnisse derselben nicht abgezogen werden dürfen, sowie die gleichartigen Zinsen von Forderungen an jene Unternehmungen, welche von der Erwerbsteuer auf Grund des § 84, Absatz 1 a oder Absatz 2, befreit sind;

15. der Ertrag der von der Gebäudesteuer aus dem Titel der Widmung befreiten Gebäude.

### Ausmaß der Rentensteuer.

Ges. § 131.

Die Rentensteuer beträgt:

- a) Zehn Procent von den Zinsen jener Theile der einheimischen Staatsschuld, welche weder durch Specialgesetze von der Leistung dieser Steuer befreit, noch auf Grund des Gesetzes vom 20. Juni 1868, R.-G.-Bl. Nr. 66, mit einem höheren Steuerausmaße belegt sind,\* mit Ausnahme der auf den Salinen Grunden, Aufsee und Hallein einverleibten Partial-Hypothekaranweisungen (Salinenscheine), ferner von den Einlösungsrenten für verstaatlichte oder dauernd in den Staatsbetrieb übernommene Unternehmungen, endlich von den Zinsen der vor der Wirksamkeit dieses Gesetzes emittierten Obligationen der inländischen Landes-, öffentlichen Fonds- und ständischen Anlehen.

Die Steuerbeträge, welche von den Zinsen der vor der Wirksamkeit dieses Gesetzes emittierten öffentlichen Fonds-, ständischen und Landesanlehen nach den bestehenden Tilgungsplänen entfallen, sind dem Staatsschatz auch dann zu entrichten, wenn das Darlehensverhältnis mit den bisherigen Gläubigern durch mittel-

bare oder unmittelbare Convertierung in neue Landesanlehen vorzeitig gelöst oder umgewandelt wird.

- b) Drei Procent von den Pachtzinsen für verpachtete Gewerbe.
- c) Zwei Procent von den sonstigen rentensteuerpflichtigen Bezügen, vorbehaltlich der unter d) eingeräumten Begünstigungen.
- d) Die Zinsen von Spareinlagen bei Sparcassen und bei den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Vorschußcassen, sowie die Zinsen von Pfandbriefen der Landes-Hypothekaranstalten, der nicht auf Gewinn berechneten, auf dem Principe der Wechselseitigkeit beruhenden Hypothekarinstitute und der Sparcassen, sowie von den durch andere Landescreditinstitute auf Grund von gewährten Darlehen emittierten Obligationen unterliegen einer Rentensteuer von 1½ Procent.

Das Ausmaß der mit dem Gesetze vom 20. Juni 1868, R.-G.-Bl. Nr. 66, eingeführten Steuer wird hiedurch nicht berührt.

### Bekanntnisse.

Ges. § 138.

Die Steuerpflichtigen haben bezüglich aller der Rentensteuer unterliegenden Bezüge, mit Ausnahme jener, von denen der Abzug der Rentensteuer bei dem Schuldner stattfindet (§ 133), ein Bekenntnis nach einem im Verordnungswege festzustellenden Formulare bei jener Steuerbehörde zu überreichen oder mündlich zu Protokoll zu geben, welche zur Empfangnahme der Bekenntnisse zur Personal-Einkommensteuer zuständig ist. (§ 176.)

Dasselbe hat die nähere Bezeichnung der steuerpflichtigen Bezüge, insbesondere ob dieselben in Geld oder Naturalien, Sachnutzungen oder sonstigen Leistungen bestehen, sowie den Namen, Stand und Wohnort der Steuerpflichtigen und, insofern es sich nicht um Escomptezinsen handelt, auch die Bezeichnung der Schuldner zu enthalten. Bei Capitalsforderungen ist der Capitalbetrag und der Zinsfuß, bei Annuitäten der Gesamtbetrag der Annuität und der darin enthaltenen Capitalsrückzahlung anzugeben; endlich sind in dem Bekenntnisse die vom Steuerpflichtigen in Anspruch genommenen Abzüge (§ 130) anzugeben.

Das Bekenntnis ist vorbehaltlich der Bestimmung des folgenden § 139 alljährlich bei der zuständigen Steuerbehörde zur selben Zeit zu überreichen, zu welcher die Bekenntnisse zur Personal-Einkommensteuer einzubringen sind.

Ges. § 139.

Von der Ueberreichung des im § 138 bezeichneten Bekenntnisses sind, soferne sie nicht von der Steuerbehörde ins-

\* Der § 1 des Gesetzes vom 20. Juni 1868, R.-G.-Bl. 1868, Nr. 66 lautet: „Sämmtliche Gattungen der fundierten allgemeinen Staatsschuld, mit alleiniger Ausnahme der im § 2 angeführten, werden in eine 5procentige einheitliche Schuld umgewandelt, die mit einer Steuer von 16 Percent, welche nicht erhöht werden kann, belastet wird“.

§ 4 des citierten Gesetzes lautet: „Von den Zinsen der von der Convertierung ausgenommenen Lottoanlehen der Jahre 1854 und 1860, dann des Steueranlehens vom Jahre 1864, sowie von den Entschädigungsrenten für aufgehobene Gefälle ist eine Steuer von 20 Percent des Nominalbetrages jeder Zinsrate einzuhoben“. — Von angesehener Seite wird die Anschauung vertreten, daß von der einheimischen Staatsschuld derzeit der zehnprocentigen Rentensteuer nur die Wien-Gloggnitzer Eisenbahn-Prioritätensschuld und die Kratau-Oberschlesischen Eisenbahn-Prioritätsactien unterliegen.



besondere dazu aufgefordert werden, jene Steuerpflichtigen befreit, welche

1. im vorangegangenen Steuerjahre bereits Rentensteuer entrichtet,

2. inzwischen ihren Wohnsitz nicht verändert und

3. keine Vermehrung der Bezüge erlangt haben.

Die Sterbemessung findet in diesem Falle ebenso statt, als ob die genannten Personen die Fortdauer ihrer Bezüge

in dem im letztvergangenen Jahre bestandenen Ausmaße einbekannt hätten.

Bezüglich der Rentensteuer wird nicht mehr mitgetheilt, da diejenigen, die in der glücklichen Lage eines steuerpflichtigen Rentenbezuges sind, sich selbst noch besser orientieren können. Es sei nur hervorgehoben, daß hier die Fassung ohne Rücksicht auf den Betrag, also auch von 600 fl. bis 1000 fl. für Alle Pflicht ist, welche solche Renten beziehen, die nicht schon bei der auszahlenden Cassé den Steuerabzug erfahren.

## II.

### Verordnung des Ministeriums des Innern im Einvernehmen mit dem Ministerium für Cultus und Unterricht vom 10. September 1897,

mit welcher neue Dienstesvorschriften für Hebammen erlassen werden.

Unter Bezugnahme auf das V. „Kirchl. Verordnungs-Blatt“ vom 1. April 1897, Nr. 791, I.: „Unterweisung der katholischen Hebammen über ihre Standespflichten, insbesondere über die Spendung der Nothtaufe“ wird nachstehende, im Reichsgesetzblatte Stück LXXXIV. vom 11. Sept. 1897 erschienene Verordnung, mit welcher neue Dienstesvorschriften für Hebammen erlassen werden, anmit dem wohllehrwürdigen Clerus zur Benennungswissenschaft mitgetheilt:

„Am 1. October 1897 tritt die unter dem Titel „Dienstesvorschriften für Hebammen“ im Verlage der k. k. Hof- und Staatsdruckerei ausgegebene neue Dienstes-Instruction für Hebammen in Kraft und wird die mit der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 4. Juni 1881, R.-G.-Bl. Nr. 54 erlassene revidierte Hebammen-Instruction nebst der zugehörigen Belehrung mit demselben Zeitpunkte außer Wirksamkeit gesetzt.

Jede Hebamme, welche die Befähigung und Berechtigung zur Ausübung der Hebammenkunst in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern erworben hat und da-

selbst ihren Beruf ausüben will, hat sich mit einem Druckexemplar dieser Dienstesvorschriften zu versehen und sich genau nach den Bestimmungen derselben zu benehmen.

Für Hebammen, welche bisher nach den Bestimmungen der alten Hebammen-Instruction die Praxis ausübten, wird der Zeitraum eines Jahres als Übergangsfrist gewährt, innerhalb welcher sich dieselben die Bestimmungen der neuen Dienstesvorschriften für Hebammen vollkommen anzueignen haben. Nach Ablauf der einjährigen Übergangsfrist haben sich aber auch diese Hebammen in ihrer Praxis ausschließlich nach den neuen Dienstesvorschriften zu richten.

Diese Bestimmungen, welche theils fachtechnische Anweisungen für die Ausübung der Hebammenhilfe, theils Vorschriften über die persönlichen, sowie öffentlichen Verpflichtungen der Hebammen enthalten, haben auch allen zur Auszubildung der Hebammen und den zur Wahrnehmung oder Überwachung ihrer Thätigkeit berufenen Organen zur Richtschnur zu dienen.“

## III.

### Diöcesan-Nachrichten.

Ernannt wurden: P. T. Herr Josef Pajek, Doctor der Theologie und Domherr des F. B. Lavanter Domcapitels, zum provisorischen Professor der Moralthologie und Herr Franz Kovačič, Doctor der Philosophie, zum provisorischen Professor der Fundamentalthologie

und der Philosophie an der F. B. theologischen Diöcesanlehranstalt in Marburg.

Investiert wurden: Herr Josef Atteneder, deutscher Prediger und Katechet in Gills, auf die Pfarre St. Margarethen bei Heiligenstein



und Herr Johann Motner, Kaplan in St. Lorenzen in W.-B., auf die Pfarre St. Jakob in Pameč.

**Bestellt** wurden als Provisoren die Herren Kapläne: Anton Kolar in St. Peter bei Königsberg und Maximilian Ocvirk zu St. Florian in Dolič; ferner wurde Herr Josef Potovšek, III. Stadtpfarrkaplan in Cilli, als deutscher Prediger und Katechet ebendort bestellt.

**Wiederangestellt** als Kapläne wurden die Herren Provisoren: Anton Postružnik in St. Martin bei Schalleck und Anton Ravsl in St. Lorenzen in W.-B.

**Aufgenommen** wurde zur Fortsetzung der theologischen Studien Herr Josef Hohnjec, Kaplan in Hörberg, in's höhere l. l. Weltpriester-Bildungsinstitut zum hl. Augustin in Wien.

**Überseht** wurden die Herren Kapläne: Franz Horvat nach St. Peter bei Königsberg, Rudolf Janežič nach Cilli, Franz Krulje nach St. Egidii in W.-B., Johann Čemažar nach Reichenburg, Anton Kovačič nach Kleinsonntag, Alois Vojsk als providierender Kaplan nach Unter-St. Kunigund und Caspar Zernko nach St. Leonhard in W.-B.

**Krankheitshalber beurlaubt** wurde Herr Johann Kurnik, Kaplan in Doberna.

**Gestorben** sind: Am 6. October Herr Johann Ev. Lipold, Doctor der Theologie und Pfarrer in St. Peter bei Königsberg im 56. und Herr Matthias Fideršek, Pfarrer in St. Florian in Dolič, am 26. October im 60. Lebensjahre.

**Unbesetzt** sind geblieben die Kaplansposten in Hohenmauten, Hörberg, Doberna und Bibita und der II. Kaplansposten in St. Georgen a. d. Stainz.

## **F. B. Lavanter Ordinariat in Marburg,**

am 1. November 1897.

† **Michael,**  
Fürstbischof.